Nr. 66.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

8. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 19. März 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Der Klassenstaat.

Wir haben immer die Anschauung vertreten, daß der Klassenstaat eine ernsthafte Sozialreform nicht wünschen kann und daß er in dieser Beziehung nur so weit Konzessionen an den Geist der Zeit machen wird, als er zu seiner eigenen Erhaltung für nothwendig erachtet. Die Bourgeoisnatur, die dem Klassenstaat anhaftet, macht ihn ebenso profithungrig, wie den Privatunternehmer; dazu kommt noch das immer anschwellende und schier an den Nähten platzende Ausgabenbudget. Wenn das Alles nicht wäre, so müßte der Staat längst mit gutem Beispiel vorangegangen sein und in seinen Etablissements und Werkstätten Einrichtungen getroffen haben, die der Privat-Industrie als Muster vorgehalten werden könnten. Aber davon sind wenig oder gar keine Spuren zu entdecken. Der durchaus bureaukratische Geist, der in den Staatsindustrien vorherrscht, stemmt sich allen zeitgemäßen Reformen entgegen, so daß der Staat als Arbeitgeber sich nur wenig oder gar nicht über das Niveau des privaten Arbeitgebers erhebt. Obschon die Staats-Industrie der Konkurrenz des Waarenmarktes nur in den seltensten Fällen ausgesetzt ist, da sie ja ihren zugewiesenen Absatz hat, so werden doch Löhne gezahlt, als ob die gewöhnlichen Unternehmer-Interessen maßgebend wären, und die Verwaltungen der Staatswerkstätten machen sich die „industrielle Reserve-Armee" gerade so zu Nutzen, wie der Privatkapitalist. Daher kommt es auch, daß im Eisenbahnbetriebe bei den niederen Beamten die Ueberbürdung nicht abgestellt wird; daher die lange Arbeitszeit bei der Post, daher die Zurückweisung der Forderungen der fiskalischen Bergarbeiter, daher die vielen Klagen, die in einer der letzten Reichstags-Sitzungen die Abgg. Ulrich und Bruhns vorzubringen hatten, ganz abgesehen von den politischen Maßregelungen, wie sie z. B. in den Werftordnungen vorgesehen sind. Wie der industrielle Bourgeois nutzt die Staatsgewalt die Ueberlegenheit des Kapitals im Produktionsprozesse aus. Dies geht zur Evidenz hervor aus einer Eingabe, welche vier Bergrevier-Diätarien aus Nassau an den preußischen Landtag gerichtet haben, in der sie die Intervention des Landtages gegenüber dem Arbeitgeber Staat anrufen. Diese Leute sind vom Staat so angestellt, daß sie eine dreimonatliche Kündigungsfrist einzuhalten haben, während der Staat, wenn er sie entlassen will, an keine Kündigungsfrist gebunden ist. Obwohl schon lange im Dienste, schwebt über den Leuten dennoch unaufhörlich die Befürchtung, daß sie eines Tages auf die Straße gesetzt werden und dem Elend anheimfallen. Sie wollen dauernd als Beamte angestellt sein, wie sie vom Landtage „mit bittenden Herzen und Händen" verlangen.

Ob der Landtag sich um diese herzbewegende Bitte kümmern und sie einer Erörterung im Plenum für würdig erachten wird? Das muß man abwarten. Wir glauben es indessen kaum, denn namentlich die Herren vom Zentrum haben jetzt Wichtigeres zu thun und haben vor allen Dingen die angenehme Aufgabe, ihre Sperrgeld-Millionen heran zu bugsiren und einzustreichen. Und doch ist der Fall so charakteristisch, wie er nur gedacht werden kann. Der „christliche Staat", dessen offizielle Vertreter mit so viel Emphase sagen konnten: „Liebet die Brüder!" vergißt in diesem Falle ganz, daß Bergwerks-Diätare auch Menschen und folglich „Brüder" sind. Denn im Produktionsprozesse streift der Klassenstaat die „christlichen" Anwandlungen nicht minder leicht ab, wie die Privatunternehmer, und indem er einen sogenannten freien Arbeitsvertrag zu Stande bringt, gestaltet er denselben so, daß alle Vortheile auf der Seite des Arbeitgebers Staat sind. Der Staatsarbeiter befindet sich in diesem Falle ganz genau in derselben Lage, wie der Arbeiter der Privatindustrie; er unterliegt den Schwankungen von Angebot und Nachfrage und seine Dienste mögen noch so trefflich, seine sonstigen Eigenschaften noch so tadellos sein — er kann jeden Augenblick „überzählig" werden und dann ist — nach Malthus — der Tisch für ihn nicht mehr gedeckt.

Weise Staatsmänner würden danach gestrebt haben, einen solchen schreienden Widerspruch zwischen Theorie und Praxis aus der Welt zu schaffen. Mehr als einmal haben die sozialpolitischen Knappen des Fürsten Bismarck an den grünen Tischen sich gerühmt, sie hätten mit ihren Versicherungsgesetzen der sozialistischen Bewegung den Boden abgegraben. Ein einfacher Blick auf die Thatsachen beweist das Gegentheil. Ganz abgesehen von der Inhaltslosigkeit der Bismarck'schen Sozialreform — wie konnte man glauben, die aufgeklärten Arbeiter würden einer Sozialpolitik Vertrauen entgegen bringen, die vorgiebt, sich hilfsbereit zwischen Arbeiter und Unternehmer zu stellen, und die sich nicht entschließen kann, die Praktiken des Unternehmerthums aus ihren eigenen Etablissements zu beseitigen!

Der Klassenstaat kann, wie jedes andere Geschöpf, nicht aus seiner Haut heraus, und diese Haut ist eben eine Bourgeoishaut.

Die „neue Aera" wird an diesen Dingen so wenig etwas ändern, als sie bis jetzt etwas daran geändert hat. Sie hat so wenig neue Ideen, wie die Aera Bismarck. Sie würde Alles thun, um die kapitalistische Produktionsform zu verewigen, wenn eben nicht diese Produktionsform die zersetzenden Stoffe in sich selber trüge und nicht bereits in einen Auflösungsprozeß eingetreten wäre. Das wollen freilich die Sozialpolitiker des Klassenstaates nicht begreifen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März.

Die **Krisengerüchte**, welche wir vor einigen Tagen zu registriren hatten, werden jetzt scharf dementirt, am schärfsten das, welches den bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Bötticher in Aussicht stellte. —

Herr **v. Bötticher** soll der höhere Staatsbeamte sein, auf den sich die Geschichte mit dem Welfenfonds bezieht. —

Die **Kandidatur des Fürsten Bismarck** scheint einen neuen Zwist in der nationalliberalen Partei zu entfachen. Während die Einen die Aufstellung eines Gegenkandidaten fordern, wollen Andere, daß die Kandidatur offiziell von der Fraktion gebilligt und unterstützt werde. Angeblich soll die letztere Auffassung mehr Aussichten haben als die erstere. —

Auch unter den **Deutsch-Konservativen** scheint nicht die allergrößte Einigkeit zu herrschen. Das „Deutsche Tageblatt", das bis vor kurzem die Ansichten des Herrn v. Helldorf vertreten hat, ist durch einen Ukas der Partei in Acht und Bann gethan worden. Diesem Entschlusse sind wohl nicht die freundlichsten Erörterungen innerhalb der deutschkonservativen Fraktion vorangegangen. —

Das ganze **ultramontane Deutschland** beklagt einmüthig den Tod seines hervorragendsten Führers. In großer Pracht und unter außerordentlicher Betheiligung fand heute die Leichenfeier in Hannover statt. An der Bahre Windthorst's wird viel darüber gesprochen, wem die Nachfolge in der Führerschaft der stärksten parlamentarischen Partei des Reiches zufallen wird. Heute wird Graf Ballestrem als der prädestinirte Führer des Zentrums genannt. Wir können nicht glauben, daß der Vizepräsident des Reichstages die Partei leiten und zusammenhalten kann. —

Alle bürgerlichen Parteien sehen wir in **Zersetzung** begriffen, die Ultramontanen fühlen sich führerlos und niemandem trauen sie die Fähigkeit zu, Windthorst auch nur theilweise ersetzen zu können; die Nationalliberalen haben sich das Zeugniß für das rasche Fortschreiten des Auflösungsprozesses von Herrn Rittershaus schriftlich geben lassen; auch unter den Konservativen lassen sich, wie der Erlaß betr. das „Deutsche Tageblatt" beweist, Zeichen der Uneinigkeit nicht verheimlichen, und Herr Eugen Richter, der noch vor 14 Tagen auf die geschlossenen Abstimmungen seiner Partei stolz hinwies, mußte eine Reihe getrennter Abstimmungen seiner Parteigenossen bei der Berathung des Marine-Etats miterleben. Neue Parteigruppirungen innerhalb der bürgerlichen Parteien stehen, wenn auch nicht in der allernächsten Zeit, bevor. Einzig unsere Partei steht einig und fest da, obgleich die Gegner sich mühen, Uneinigkeit innerhalb unserer Reihen zu konstatiren und jede etwas lebhaftere Diskussion, jede von der Fraktion abweichende Meinung als den Anfang

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] (15

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol
von Robert Saweichel.

„Meint der Vater?" sah er verwundert von seiner Beschäftigung auf. „Und das hat er zu Dir gemeint?"

„Ach nein, wie sollt' er? Die Muhme hat mir heut Morgen davon gered't."

„Da bin ich doch neugierig, in was für einen Kochtopf die mich stecken will," scherzte er, und Lisei entgegnete mit dem Anfluge eines Lächelns: „Den Topf haben sie noch nicht ausgesucht, sie und der Vater. Die Muhme Vefa hat mir aber erzählt, daß der Vater dem Hartwanger, wie er das letzte Mal ist hier gewesen, den Auftrag gegeben hat, sich nach einer Frau für Dich umzusehen."

„Das ist lustig," lachte er laut. „Möchte wohl sehen, wie die beschaffen ist, von der der Hartwanger glaubt, daß sie mir gefallen könnte."

„Wirf's nicht so weit von Dir," mahnte Lisei.

„Warum denn?" fragte er, das Schloß, welches er inzwischen eingeölt hatte, wieder an die Büchse schraubend. „Ja so, ich versteh," und er pfiff leise. „Du willst mich rasch unter die Haube bringen, damit Du nicht länger auf Deinen Wolf zu passen brauchst."

Lisei's Wangen rötheten sich ein wenig höher, aber ruhig sagte sie: „Nein, Brosi, daran hab' ich nicht gedacht. Wir können schon noch warten, wenn es sein muß."

„Wie die Juden auf den Messias," spöttelte er. „Zum Teixel, Lisei, warum läßt Du den Lechner nicht laufen. Du könntest jeden Tag einen Besseren haben."

„Nein, Bruder, einen Besseren nicht," versetzte sie warm. „Du würdest auch nicht so reden, wenn Du ihn kenntest. Was hat er Dir nur gethan, daß Du ihm so zuwider bist? Mir thut's weh, Brosi."

„Was könnte der mir auch thun?" rief er hochfahrend, indem er das Haar aus der Stirn schüttelte. „Aber er ist ein Fremder, ein verdammter Bayer ist er."

„Er hat sich in der Gemeind' eingekauft mit einer Feuerstell' und als Meister," entgegnete Lisei nachdrücklich „Darum gehört er zu uns, und er hält auch in allen Stücken zu uns. Seine Schuld ist's doch nicht, daß wir haben bayerisch werden müssen? Und hat er davon nicht ebenso viel zu leiden wie wir? Er hat mir auch oft erzählt, daß in Garmisch, wo er daheim ist, in Oberbayern, die Menschen ganz dieselben sind, wie in unserem Tirol. Sie haben denselben Glauben wie wir, sie reden dieselbe Sprach' wie die Deutschtiroler, und ihr Land schaut aus wie das unsrige. Es könnte Einer weit, weit in das Oberbayern hineinwandern, sagt er, und würde nimmer glauben, daß er nicht mehr in unserem Tirol ist. Ich hatt' immer gehofft, daß Du dem Wolf ein rechter Bruder sein würdest, und er ist Dir gut gesinnt, wenn er auch in seiner Verständigkeit nicht alles loben kann, was Du anstellst. Jetzt hast Du Dich aber auch zu seinen Widersachern gestellt, und Du mußt doch wissen, daß alles, was Du gegen ihn sinnst und thust, auch Deine Schwester trifft."

Sie sah ihn traurig an und er murrte unbehaglich: „Na, Lisei."

Mit einem wehmüthigen Lächeln fuhr sie fort: „Als wir zwei Beide noch Kinder waren und Du wolltest den armen Hannes, der sich gegen Dich nicht wehren konnte, drücken und zausen, da hab' ich wohl mit Dir gerungen und gerauft, wann Du im Guten nicht hören wolltest. Jetzt ist's mit dem Raufen zwischen uns vorbei, sonst thät ich's, von wegen des Unrechts, das Du dem Wolf thust."

„Ja, Muth hast gehabt, das muß wahr sein," lachte er, und sie setzte hinzu: „Ich geb' Dir auch jetzt keine Ruh, bis Du es eingesehen hast, daß der Wolf Lechner der bravste Mensch ist, und daß Du es weißt, von ihm lassen thu' ich nicht."

„Meinetwegen. Im Grund geht's mich nichts an," versetzte er, ihr die Hand reichend. „Na, Lisei, ich will Dir nicht entgegen sein."

„Und, gelt, Brosi, allzulang wirst Du uns nicht warten lassen?" rief sie, seine Hand herzlich schüttelnd.

„Du meinst, weil der Hartwanger auf die Brautschau gegangen ist?" fragte er achselzuckend. „Alleweile denk' ich nicht daran."

„Und die Stasi Larseit?" fragte die Schwester leise.

Er schaute sie mit großen Augen an.

„Bruder", bat sie und streckte die Hand gegen ihn aus.

„Ich weiß nicht, was Du willst", versetzte er. „Ja, die Stasi, das ist eine Gitsche, so lieb, wie es keine zweite auf der Welt nicht giebt, und ich will Keinem rathen, sie in den Mund zu nehmen. Auch von Dir leid' ich's nicht."

„Aber Du selbst bringst sie in das Gered' der Leute",

vom Ende unserer Partei in die Welt posaunen. Mögen sie's. Wir können ihnen allen dies billige Vergnügen ruhig gönnen, denn wir wissen, daß wir alle bürgerlichen Parteien in ihrer heutigen und in ihrer kommenden Gestalt überleben werden. —

In großartiger Weise feierten heute unsere **Berliner Genossen** das Andenken der im Friedrichshain begrabenen Märtyrer der Revolution von 1848. Hunderte von Kränzen mit rothen Schleifen, die Anwesenheit vieler tausender Arbeiter und Arbeiterinnen bewies, daß das Proletariat der für die Freiheit Gefallenen gedenkt. Ihrer vergessen haben nur ihre Nachkommen, die Bourgeois, welche die Erfolge der 1848er Revolution genießen. —

Wer Zeit und Lust hat, ein **Schimpfwörter-Lexikon** zusammen zu stellen, dem empfehlen wir als reiche Fundgrube den Artikel „Die deutsche Sozialdemokratie und die Pariser Kommune" in der Abendausgabe der heutigen „National-Zeitung". —

Graf **Taaffe** bemüht sich vergebens, eine ihm gefügige Majorität im neugewählten österreichischen Abgeordnetenhause zu sammeln. Ueber kurz oder lang wird er gezwungen sein, die einzig richtige Konsequenz aus dem Wahlresultate zu ziehen, d. h. seinen Abschied zu nehmen. —

In **Paris** fand gestern eine boulangistische Demonstration statt. Ein Telegramm meldet hierüber:

Im Ambigu-Theater, welches die Patriotenliga gestern für ihre Mitglieder gemiethet hatte, kam es während der Vorstellung des Soldatenstückes „Le Régiment", wobei Déroulède'sche Gedichte vorgetragen wurden, zu Demonstrationen. Es wurden Hochrufe auf Boulanger, Déroulède, Frankreich und die Revanche ausgebracht. Auf der Straße verhaftete die Polizei mehrere Individuen mit verbotenen Abzeichen, ließ die Leute aber bald wieder frei.

Prinz **Jerome Napoleon** ist heute Nacht gestorben. Ueber die Bedeutung seines Todes für die französische Republik haben wir uns schon vor wenigen Tagen ausgesprochen. Ernstlich Leidtragende wird er weder in seiner Familie noch im französischen Volke hinterlassen haben. Der einzige konsequente Zug in seinem Charakter war seine ablehnende Haltung gegen den Katholizismus. Selbst auf seinem Todtenbette suchte er sich der Vertreter des Papstes zu erwehren und nur gezwungen machte er die auf dem Todtenbette üblichen Zeremonien mit. —

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns über den Andrang zur **königlichen Kommission** zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse:

Je deutlicher es sich zeigt, daß die Leistungsfähigkeit der Unionen gerade für die große Masse der „unqualifizirten" Arbeiter eine sehr begrenzte ist, um so mehr wächst das Interesse an dem Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Die Regierung hat bekanntlich in ihrer hilflosen Lage, in die sie als Vertreterin von Ordnung, Eigenthum und (Kapitals-) Freiheit auf der einen und als Applikant um die Stimmen der englischen Arbeiter auf der andern Seite gerathen ist, sich dadurch aus der Klemme zu helfen gesucht, daß sie eine kgl. Kommission*) zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit einsetzen ließ, und es ist im höchsten Grade charakteristisch, zu beobachten, wie ungeheuer der Andrang von Bewerbern um einen Sitz in dieser Kommission ist. Wer nur irgend ein Titelchen von Anspruch zu haben glaubt, als kompetenter Sachverständiger in Arbeiter-Angelegenheiten zu gelten, meldet sich entweder selbst oder läßt durch gute Freunde für sich Reklame machen. Gerüchtweise verlautet, daß die Zahl der Bewerbenden bereits 500 erreicht habe, und noch immer werden neue Vorschläge laut. Dieser oder jener „muß" in die Kommission kommen, wenn dieselbe in seinen oder seiner Freunde Augen Anspruch auf Vollständigkeit haben soll. Es ist ein Wettrennen, das nur komisch wirken würde, wenn es nicht zugleich so ungemein bezeichnend wäre für die Bedeutung, welche die Arbeiterfrage, und den Einfluß, den die Arbeiterklasse in diesem Lande bereits erlangt haben. Wir nähern uns, trotz Bennigsen und Geistesverwandten, immer mehr der schrecklichen Periode der „Diktatur des Proletariats". Es fehlt blos noch, daß dieses selbst sich seiner bedeutenden Macht bewußt wird, die einsichtigeren Mitglieder der bürgerlichen Klassen wissen sie sehr gut zu schätzen.

*) Eine „königliche" Kommission unterscheidet sich von einer parlamentarischen durch größere Vollmachten. Auch erhalten ihre Mitglieder Diäten.

„Wenn wir an die Diskussion derartiger Fragen*) herantreten", schrieb erst in diesen Tagen wieder das unionistische „Daily Chronicle", „so wünschten wir immer, wir könnten der Gesellschaft Verständniß beibringen, wer die Arbeiterklassen Englands sind, über die Herr Howard Vincent (ein konservativer Abgeordneter) und andere Redner dieser Gattung so viel schwatzen. Sie sind diejenigen, die, wenn sie sich entschließen, sich zu einer politischen Partei zu verbinden, durch die Macht ihrer Wahlstimmen das Schicksal von einem Viertel des Menschengeschlechts zu bestimmen vermögen." Und ähnliche Aeußerungen kehren in Reden und Schriften der hervorragenden Politiker aller Parteien wieder.

„Wenn sie sich entschließen, sich zu einer politischen Partei zu verbinden" — bis jetzt ist es dazu freilich noch nicht gekommen. Politisch ist die Bewegung noch sehr im Argen. Ueberall Spaltung und Zersahrenheit, und infolge dessen eifersüchtige Verfolgung der Sonder-Interessen. Das zeigt sich auch im Verhalten der einzelnen Gruppen und Persönlichkeiten zur erwähnten Arbeiter- oder Arbeitskommission der Regierung. Ich will keine Namen nennen, aber der Eifer, dort vertreten zu sein, hat Leute, von denen man Besseres hätte erwarten sollen, dazu verführt, durch Uebertreibung des Werths der Kommission das Spiel der Regierung zu unterstützen, statt es verdientermaßen zu kritisiren.

Arbeiterpartei und Arbeiterklasse sind eben vorderhand noch zweierlei. —

Zum Zwecke von Geldsammlungen sind einige **parnellitische Delegirte** nach den Vereinigten Staaten gereist. Da aber der Zwiespalt der irischen Partei auch unter den amerikanischen Iren Platz gegriffen hat, werden die Abgesandten kaum viel Erfolg haben. —

Die Zentralsektion der belgischen Kammer beschloß in Sachen der **Wahlreform** die ihr vorgelegten Wahlgrundsätze einzeln zu prüfen. Die Zentralsektion wird zu jedem derselben Stellung nehmen, damit die Regierung in der Lage ist, einen Gesetzentwurf unter solchen Bedingungen auszuarbeiten, welche die Zustimmung der Kammer erhoffen lassen. Dieser von den Abgeordneten der Linken, Buls und Janson, eingebrachte Antrag wurde von sämmtlichen Mitgliedern der Zentralsektion mit Ausnahme der Abgeordneten Frère-Orban und Sainctelette, die ihn bekämpften, angenommen. Die Regierung hat die Zentralsektion dahin benachrichtigt, daß sie keinen Gesetzentwurf einbringen werde, bevor sie über die Anschauungen der Sektion über die einzelnen Grundsätze informirt ist.

In ihrer heutigen Sitzung faßte sie mit 5 gegen 2 Stimmen den Beschluß, sich mit der Regierung wegen der Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des kommunalen und provinzialen Wahlsystems in dem Sinne einer weiten Ausdehnung der Wahlberechtigung ins Einvernehmen zu setzen. — Dieses neue Wahlsystem soll erst in der Folge auf die Wahlen zur Deputirtenkammer übertragen werden. Hiermit hat das von Frère-Orban vorgeschlagene Verfahren gesiegt, obgleich Janson nachdrücklich darauf hinwies, daß der König sich entschieden für sofortige Verfassungsrevision oder Auflösung der Kammer ausgesprochen habe. Die Zentralsektion vertagte sich sodann bis nach den Osterferien. Dieses Verfahren, die Lösung der Frage hinauszuschieben, ruft starke Unzufriedenheit unter den fortgeschritteneren und sozialistischen Elementen hervor. —

Gestern Abend wurde in Gegenwart des Kabinetschefs Beernaert, mehrerer Deputirter und Senatoren, sowie zahlreicher anderer politischer Persönlichkeiten und Journalisten der praktische Versuch einer Wahl mit Anwendung des Prinzips der Proportionalvertretung vorgenommen. Der Versuch gelang vollständig. Nachher fand ein Bankett statt, auf welchem Staatsminister Nothomb, auf die Revision einen Toast ausbringend, in auffallend unerwarteter Weise die Frage der persönlichen Ableistung der Wehrpflicht zur Erörterung brachte, indem er, wie es der König schon vor Jahren gethan, auch in dieser Frage alle Fraktionen zu patriotischem, einmüthigem Vorgehen aufforderte.

In der schwedischen zweiten Kammer wurde ein Antrag auf Einführung des **allgemeinen Stimmrechts** eingebracht. — Gegen den früheren griechischen Ministerpräsidenten **Trikupis** soll auf Grund des Minister-Verantwortungsgesetzes die Anklage erhoben werden. —

*) Es handelte sich um einen Antrag auf staatliche Unterstützung der freien Hilfskassen — der „Friendly Societies."

In **Finnland** herrschte wegen der Russifizirungspläne des Zaren große Besorgniß, welche in einer Reihe von Kundgebungen zum öffentlichen Ausdruck kam. Jetzt scheint man in St. Petersburg etwas mildere Saiten aufziehen zu wollen, das finnische Volk wird aber gut thun, den Russen nicht zu viel zu trauen und sich nicht in Sicherheit wiegen zu lassen. —

Die **rumänische Kammer** ist, wie wir schon gemeldet haben, aufgelöst worden. In der aufgelösten Kammer vertrat Genosse Joan Nadejde allein die Grundsätze der Sozialdemokratie, während in der im Jahre 1887 aufgelösten drei Vertreter der Sozialdemokratie saßen. Bei den im April stattfindenden Wahlen hofft man 6—8 Kandidaten unserer Partei wählen zu können. —

Die **Maifeier in Rumänien** findet nicht, wie wir auf Grund irrthümlicher Informationen gemeldet haben, am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai statt. Rumänien schließt sich damit Deutschland und England an. Ueber die Maifeier in Rumänien schreibt uns ein der rumänischen Partei angehörender Genosse: Während im vorigen Jahre 5—6000 Arbeiter und Bauern mit Hunderten von Fahnen auf den Straßen demonstrirt hatten, hoffen wir, in diesem Jahre die Betheiligung von 15—20 000 Genossen an der Demonstration konstatiren zu können. —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 18. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel v. Heyden und Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abgg. Sack (kons.) und Genossen, betreffend die im Jahre 1891/92 vor Feststellung des Staatshaushalts-Etats zu leistenden Ausgaben.

Der einzige Paragraph dieses Antrages ermächtigt die Regierung unter Vorbehalt der verfassungsmäßigen Feststellung des Etats pro 1891/92 die im Etat pro 1890/91 unter den dauernden Ausgaben vorgesehenen Staatsausgaben bis zum 1. Juli 1891 in den Grenzen der bei den einzelnen Kapiteln und Titeln für das Jahr 1890/91 bewilligten Summen aus den Staatseinnahmen fortbestehen zu lassen.

Abg. **Sack** (k.) rechtfertigt diesen Antrag, dem der Wunsch zu Grunde liege, aus dem verfassungswidrigen Zustande herauszukommen, der durch die nicht rechtzeitige Feststellung des Etats pro 1891/92 herbeigeführt wird. Der Antragsteller erkennt an, daß der Etat von der Regierung rechtzeitig vorgelegt sei und daß das Haus den Etat auch rechtzeitig hätte fertigstellen können, wenn es nicht durch die großen reformatorischen Aufgaben daran gehindert worden wäre. Das von ihm vorgeschlagene Gesetz sei ein Nothgesetz und sei auch nur formaler Natur. Seine Partei sei zwar nicht der Ansicht, daß ein solches nothwendig sei, und er würde sich dem unterordnen, wenn er die Verfassung als einen Vertrag ansehen könnte, der durch Uebereinstimmung der Kontrahenten beliebig abgeändert werden könnte. Er halte die Verfassung für eine Urkunde, und habe sich deshalb verpflichtet gehalten, den Antrag einzubringen.

Finanzminister **Dr. Miquel**: Wir sind wohl Alle darüber einig, daß die Verfassung, soweit es thunlich ist, auch dem Wortlaute nach beobachtet wird. Der Antrag Sack erreicht den Zweck nicht in dem Maße, wie die Regierung es vorschlägt, daß alle diejenigen Ausgaben, welche nach dem demnächst festzustellenden Etat zu leisten sind, geleistet und hinterher genehmigt werden. Der Etat kann bis zum 1. April nicht verabschiedet werden, es trifft aber weder den Landtag noch die Regierung irgend eine Schuld daran. Der Antrag Sack ermächtigt nun die Regierung, die dauernden Ausgaben des Etats 1890/91 fortzuleisten; eine Reihe dauernder Ausgaben will aber die Regierung gar nicht weiter machen. Die Regierung erhält also hier eine Ermächtigung zu Ausgaben, die sie nicht mehr machen will. Dagegen sind im Etat 1891/92 eine Reihe neuer Ausgaben beantragt. Diese zu leisten, würde die Regierung nicht ermächtigt sein, sie kann dieselbe also nur auf ihre Verantwortlichkeit hin machen. Die vorher erwähnte Vorlage der Regierung entspricht dem Geiste der Verfassung; durch dieselbe ist die Verfassungsfrage gedeckt, soweit sie überhaupt gedeckt werden kann und empfehle ich deshalb die Ablehnung des Antrages und die Annahme der heute dem Hause zugegangenen Regierungsvorlage.

Abg. **Olzem** (natl.) beantragt nach diesen Ausführungen des Ministers, über den Antrag Sack zur Tagesordnung überzugehen. Die Regierungsvorlage sei zweckmäßiger und genüge den Anforderungen der Verfassung.

---

rief seine Schwester eindringlich. „Sie ist gut und lieb, ja, aber was soll daraus werden?"

„Ja, was soll denn daraus werden?" fragte er halb ärgerlich, halb verwundert. „Kann denn Einer kein Wort mit einem hübschen Madl reden, ohne daß gleich der Glockenstreich angeht? Feurio!"

„Du denkst immer nur an Dich," sagte die Schwester bekümmert. „Du kannst auch nicht wissen, wie ein Mädchen ganz anders denkt und fühlt. Und jetzt gar ein so junges Ding, wie es die Stasi ist, und so ganz unerfahren! Ich hab' neulich manches mit ihr gered't, auf der Heimfahrt von St. Lorenzen. Sie ist noch ein Kind. Ach, Brosi, der ist leicht was in den Kopf gesetzt und sie hält es fest mit dem Herzen. Deine Frau kann sie doch nicht werden und nachher ist ihr Unglück fertig für's ganze Leben."

„Daß Ihr Gitschen doch gleich ans Heirathen denken müsset", rief er ärgerlich. „Als ob der Mensch allein dazu auf der Welt wäre! Da ist ja kein Verstand nicht darin."

„Ja, Du steifst Dich immer auf Deinen Verstand und thust das Gegentheil", rief Lisei. „Ich bitt' Dich, Brosi, nimm's zu Herzen, was ich Dir vorgestellt hab'."

Er aber schulterte seinen Stutzen und ging in seine Stube.

Wonnig lachte vor ihr das Thal mit seinen grünen Matten, reifenden Kornfeldern und rosig erblühenden Buchweizenäckern. So recht sonnig behaglich lagen die braunen Holzhäuser eingenestelt in dem Grün dem Wiesen und Gebüsche, und weich träumerisch standen die Dolomiten über den Tannenwäldern. Lisei sah aber das Alles nur durch einen grauen Flor. Nicht lange darauf verließ Ambros den Klosterhof. Den Stutzen auf dem Rücken, die silberbeschlagene Pfeife im Munde, so schlenderte er sorglos zwischen den Feldern und über die Triften nach St. Vigil.

Am Rande des Bannwaldes begann das Knallen nach der Scheibe, die jenseits des Baches vor der Felsenwand aufgestellt war. Es war ein lustiges, eifriges Schießen, eifriger vielleicht als gewöhnlich, infolge der Reden des Löffel-Franz am Vormittage, und manch stacheliger Scherz auf die Bayern traf mit den sicheren Kugeln ins Schwarze. Wolf Lechner hatte sich schon seit mehreren Wochen auf dem Stande nicht mehr blicken lassen. Manch herbes Scherzwort galt ihm persönlich, namentlich aus dem Munde des stets lustigen Jerg.

Der Klosterhof war zu entfernt, als daß Lisei das Schießen hätte hören können. Stasi aber vernahm das Knallen der Büchsen und das Einschlagen der Kugeln deutlich, und es lockte sie von dem Bette, welches die Mutter heute nicht verlassen hatte, an eines der Fenster. Sie sah die Schützen an der Waldecke, aber sie konnte Ambros unter ihnen nicht erkennen, obgleich das Herz ihre jungen Augen schärfte. Sie saß ganz still, legte die Hände im Schooße zusammen und stellte sich vor, daß er jetzt zu ihrem Häuschen hinaufschaue und ihre Blicke sich begegneten. Sie nickte ihm zu, und dann schalt sie sich, daß sie so kindisch war. Er konnte ihren Gruß ja nicht wahrnehmen; aber sie sah ihn so deutlich vor sich stehen, so stolz und schön. Und der prächtige Bub' gehörte ihr und sie ihm. Ach, wie war es nur möglich, daß er sie lieben konnte? Es überschauerte sie, daß ihr ohne alles Verdienst ein so großes Glück zugefallen war. Groß? Es war ja ganz ohne Ende. Und warum sie ihn nur den Wilden nannten? Sie bedeckte ihr erglühendes Gesicht mit den Händen, denn sie dachte an die leidenschaftliche Gewalt, mit der er sie an seine Brust gedrückt und umhergewirbelt hatte. Wenn er sie in seiner Wildheit zertreten, zerrissen hätte, sie wäre glückselig gestorben, und sie lächelte.

Die Sonntagsruhe war so recht dazu geeignet, sich in das süße Gefühl einzuspinnen, und wenn Stasi sonst mit einem unverstandenen, schwermüthig sich färbenden Sehnen die Mußestunden des Sonntags zugebracht hatte, so erfüllte heut ein glückseliger, duftiger Rausch ihr Herz. Die Minuten hatten Bienenflügel und trugen Honig an den Füßen. Ambros hatte Stasi nicht gesagt, ob er sich Abends an dem Gartenzaune einfinden würde; sie war jedoch überzeugt, daß er kommen würde, und sie warf manchen Blick auf den Kreuzkofl und Pares, die ihre Sonnenuhr waren. Noch ruhte das volle warme Licht auf ihnen.

Als Stasi nach einer Weile wieder hinsah, erschienen sie wie von einem leichten Schleier verhüllt. Rasch wob er sich um alle Gipfel des zerrissenen Kalkgebirges und wurde dichter und dunkler. Die Kirche von St. Vigil stand in einem fahlen Licht. Kein Blatt bewegte sich an den Bäumen. In das Ave Maria klang ein dumpfes Murren hinein.

Das unsichere Licht und der drohende Himmel hatte die Schützen schon vorher veranlaßt, das Schießen einzustellen. Die älteren Männer waren nach Hause gegangen, die jungen Leute hatten sich in den Stern gezogen. Ambros saß nicht in der rosigsten Laune unter ihnen, drohte doch seine Hoffnung, Stasi am Abend wiederzusehen, buchstäblich zu Wasser zu werden. Auf dem Stande war er der Ausgelassenste gewesen. Die Anderen neckten ihn; er gab scharfe Antworten. Mutschleitner holte seine Zither, spielte erst ein Stücklein und hob dann an:

„Mir ist so wohl,
Auf den Bergen von Tirol."

Sie stimmten Alle ein. Plötzlich stand die ganze Stube in bläulichem Feuer und unmittelbar darauf folgte ein Schlag, daß die Fenster klirrten. Der Gesang riß jäh ab und Ambros warf in die Stille die Worte hinein:

„Jetzt fängt droben das Kegelschieben an."

Es lachte jedoch Niemand. Ambros ließ sich eine frische Halbe bringen und als wieder ein starker Donnerschlag das Haus erschütterte, sagte er:

„Jetzt hat unser Herrgott alle Neun geworfen."

„Wenn unser Herrgott spricht, kannst Du wohl das Maul halten," rief ein weißhaariger Bauer aus Monthan, der in der Ecke bei dem Ofen mit einigen Männern saß.

Ambros fuhr auf, da er aber das Alter des Sprechers bemerkte, so begnügte er sich, die Achseln zu zucken.

Das Gewitter zog bald vorüber, aber es regnete weiter und die Luft blieb schwül. Ambros mußte sich darein finden, Stasi heute nicht mehr zu sehen. Als der Donner nur noch in der Ferne rollte, erhob sich der weißköpfige Alte, um heimzugehen, dabei rief er Ambros zu:

„Du sollst nicht solche sündhafte Reden führen. Wer Gott lästert, des freut sich der Teufel. Nimm Dich in Acht!"

(Fortsetzung folgt.)

Abg. **Rickert** (freis.) spricht dem Antragsteller Sack seine Anerkennung dafür aus, daß er es versucht habe, in dem eingebrachten Antrage die verfassungsmäßigen Bedenken zu beseitigen. Weshalb solle der Antrag nicht annehmbar sein? Die Bedenken des Ministers hinsichtlich der außeretatsmäßigen und der neuen Ausgaben bleiben bestehen, ganz gleich, ob der Antrag Sack angenommen wird, oder nicht. Dagegen giebt der Antrag dem Minister Deckung in Bezug auf den Haupttheil der dauernden Ausgaben und er würde es lebhaft bedauern, wenn das Haus den Antrag nicht annehmen würde. Die Sache habe praktisch keine großen Bedenken, formell dagegen sei sie nicht so bedeutungslos, weil der Antrag erfüllen wolle, was die Verfassung verlange. Seien extraordinäre Ausgaben nothwendig, so werde es leicht sein, sich darüber in der Budgetkommission zu verständigen.

Abg. **v. Zedlitz-Neukirch** (frk.) ist dem Abg. Sack ebenfalls dafür dankbar, daß er die Verfassungsfrage hier zur Diskussion gebracht habe, aber damit sei nicht gesagt, daß er für den Antrag stimmen werde. Der Vergleich mit den früheren Nothgesetzen passe nicht, denn damals lag ein Etatsentwurf überhaupt noch nicht vor; heute aber wisse man, daß der jetzige Etat erheblich von dem vorjährigen abweiche. Das Haus würde sich also einer Unwahrheit schuldig machen, wenn es mit offenen Augen solche Scheinmaßregeln treffen wollte. Er bitte deshalb, den Antrag Sack abzulehnen.

Abg. **Cremer** (wildkons.) ist der Ansicht, daß das Haus die Pflicht gehabt hätte, zuerst den Etat festzustellen, ehe es an die Berathung der Reformgesetze ging. Mit dem Schulgesetz und der Landgemeinde-Ordnung werde man doch nicht fertig werden. Er glaube indessen, daß es gerathen sei, nach den hier stattgehabten Erörterungen, den Antrag Sack zurückzuziehen und später der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und Abg. **Sack** zieht seinen Antrag zurück, da derselbe keine Aussicht habe, vom Hause angenommen zu werden.

Es folgt die zweite Berathung der Novelle zu dem Gesetz, betr. die Bildung von Wassergenossenschaften für das Gebiet der Wupper und ihrer Nebenflüsse.

Die Vorlage wird nach einiger Diskussion, in welcher Abg. **Graf-Elberfeld** (natl.) auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Anlage von Sammelbecken entstehen könnten, angenommen.

Abg. **Schultz-Lupitz** (frk.) beantragt hierzu die Annahme folgender Resolution: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage der Monarchie baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen behufs Ergänzung des Waldschutz-Gesetzes vom 6. Juli 1875 in der Richtung, daß in den Quellgebieten der Flüsse und Bäche der Wald mehr als bisher erhalten, beziehungsweise eine zielbewußte Neubewaldung bewirkt werde zum Zwecke, den Abfluß der Tagewässer zu verlangsamen und eine vermehrte Nutzung des Wassers für die Landeskultur und die Industrie herbeizuführen."

Abg. **Schultz-Lupitz** bittet diese Resolution der Agrarkommission zur Vorberathung zuzuweisen und Abg. **Gerlich** (frk.) unterstützt diesen Antrag, weil seiner Ansicht nach eine völlige Umgestaltung des Waldschutz-Gesetzes nothwendig sein dürfte.

Die Ueberweisung an die Agrarkommission erfolgt.

Der Gesetzentwurf, betr. den Rechtszustand vom Herzogthum Sachsen-Meiningen an Preußen abgetretener Gebietstheile 2c. wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung behandelt der Gesetzentwurf, betr. eine Erweiterung des Staatsschuldbuchs.

Die Ausgabe von dreiprozentigen Schuldverschreibungen der konsolidirten Staatsanleihe hat mehrfach zu Anträgen auf Eintragung solcher Schuldverschreibungen in das Staatsschuldbuch Veranlassung gegeben. Diesen Anträgen hat bisher nicht entsprochen werden können, weil das Gesetz nur die Eintragung von 4- und 3½ prozentigen Konsols zuläßt. Die Vorlage hat den Zweck, die Bestimmung des Gesetzes auf die Schuldverschreibungen konsolidirter Anleihen generell auszudehnen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion in erster und zweiter Berathung angenommen.

Nächste Sitzung: **Donnerstag 11 Uhr.** (Kleinere Vorlagen und Etat.)

Schluß 1¼ Uhr.

Parlamentarisches.

2. Sitzung der 2. Lesung der Branntweinsteuer-Kommission Montag, den 16. März 1891.
(Leider verspätet.)

Zur Berathung kommt Artikel I des Gesetzes und Resolution des Abg. Wattendorf: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in den vom Bundesrath auf Grund des § 2 Schlußabsatz des Branntweinsteuer-Gesetzes zu erlassenden näheren Bestimmungen diejenigen Brennereien, welche Brauerei-Abfälle und Hefenbrühe gewerbsmäßig in größeren Mengen aufkaufen und zu Branntwein verarbeiten, der Kontingentirung zu unterwerfen." Staatssekretär Maltzahn: Laut Bundesrathsbeschluß verarbeiten diese Brennereien vollständig ihr Material zum billigeren Verbrauchsabgabensatze. Daß dies gewerblich ausgenutzt wird, ist erst jetzt zur Kenntniß des Bundesrathes gekommen, und sind infolge dessen Verhandlungen im Gange, um dies zu ändern. Die Resolution möge zurückgezogen werden; bei der dritten Lesung werde die Regierung wahrscheinlich eine entsprechende Vorlage machen können. Abg. Gröber beantragt den Zusatz zu Brauerei-Abfälle und Hefenbrühe: „und andere der Materialsteuer unterliegenden Stoffe", da auch Obst gewerbsmäßig aufgekauft und verarbeitet wird zum billigeren Steuersatze. Abg. Hug und Buhl sprechen sich gegen den Zusatz Gröber aus, da die höhere Steuer auf den Verkäufer, den kleinen Landwirth, zurückgewälzt werden wird, indem er niedrigere Preise erhält. Abgeordneter Gröber zieht seinen Zusatz zurück; Abgeordneter Wattendorf zieht seine Resolution zurück und wird sie eventuell im Plenum noch einmal stellen.

Art. I. wird einstimmig angenommen.

Antrag Dr. Buhl: In Artikel II., Nr. 2, Zeile 3 statt des Wortes „in" zu setzen „bei" wird einstimmig angenommen. Zur Diskussion kommt Antrag Dr. Buhl, Gamp, Gröber, Graf v. Kleist-Schmenzin, Graf v. Mirbach. Die Kommission wolle beschließen:

Zu Artikel II.: 1. Ziffer 5 Litt. a. und b. folgendermaßen zu fassen: a) vom Hektoliter Treber von Kernobst und eingestampfte Weintreber 25 Pf., b) vom Hektoliter Kernobst 35 Pf.;

2. der Ziffer 5 nachstehenden Absatz 2 hinzuzufügen: „Die Materialsteuer wird a) in denjenigen Brennereien, welche in einem Jahre nicht mehr als 50 Liter reinen Alkohols erzeugen, nur zu vier Zehnteln, b) in denjenigen Brennereien, welche in einem Jahre mehr als 50 Liter, jedoch nicht über 1 Hektoliter reinen Alkohols erzeugen, nur zu acht Zehnteln der im Absatz 1 festgesetzten Steuerbeträge erhoben."

3. Der Ziffer 6 folgende Fassung zu geben: „Vom 1. April 1891 ab tritt dem § 42 des Gesetzes unter Ziffer I. am Schlusse nachstehende Bestimmung als Absatz 4 hinzu: Insofern Brennereien, welche der Materialsteuer unterliegende Stoffe verarbeiten, von der im Absatz 3 gewährten Befugniß Gebrauch machen, wird a) von Branntwein, welcher in Brennereien hergestellt worden ist, die in einem Jahre nicht mehr als 50 Liter reinen Alkohols erzeugen, nur ein Zuschlag von 8 Pf., b) von Branntwein, welcher in Brennereien hergestellt worden ist, die in einem Jahre mehr als 50 Liter, jedoch nicht über 1 Hektoliter reinen Alkohols erzeugen, nur ein Zuschlag von 16 Pf. für das Liter reinen Alkohols erhoben."

4. Die Ziffer 1 zu streichen und dementsprechend die Numerirung der übrigen Ziffern zu ändern.

Abg. Dr. Buhl ersucht den Abg. Hug, die Schwierigkeit der Ausführung des Antrages nicht im Plenum so ausführlich zu schildern, da sonst vielleicht der Antrag nicht angenommen wird. Die Vorlage bietet den kleinen Brennern sehr viele Vortheile und man muß, da die Regierung die Haustrunk-Steuerfreiheit ablehnt, entweder diese Vergünstigung von 3 M. gewähren oder nichts. — Der Antrag: An den Stellen im Artikel II. 5. 6. wo es heißt 1. April 1891, soll gesetzt werden 1. Juli 1891, wird einstimmig angenommen. Ein Antrag Buhl u. Gen. wird gegen 2 Stimmen angenommen. Von den Vorschlägen der 1. Lesung wird Ziffer 3, 4, 7 einstimmig angenommen. (Ziffer 5, 6 ist durch Annahme des Antrages Buhl erledigt.) Zu Art. III. liegt folgender Antrag des Abg. Graf Mirbach vor: Von dem aus dem Zollausslande in Fässern eingehenden Branntwein werden vom 1. Juli 1891 ab an Zoll erhoben für 100 Kilogramm von Liqueuren 180 M., für andere Branntweine in Fässern 125 M., von dem in Flaschen, Krügen oder anderen Umhüllungen eingehenden Branntwein 180 M. für 100 Kilogramm. Finanzrath von Schmidt erklärt als Charakteristikum für Liqueur die aromatische Essenz und Versüßung. Abg. Buhl weist darauf hin, daß Genever dann zu den Liqueuren gerechnet werden muß. Es können Unklarheiten entstehen, und empfiehlt sich der Zusatz, daß als Liqueure diejenigen Branntweine bezeichnet werden, die nicht über 50 Gewichtsprozente Alkohol haben. Geheimrath Sell (vom Reichs-Gesundheitsamt) erklärt, daß es möglich sein wird, den Begriff Liqueur zolltechnisch zu fixiren. Abg. Wurm: Das Aromatische darf nicht maßgebend sein, sonst kann auch eine als Rum oder Kognak deklarirte Waare für ein aromatisirter Branntwein erklärt werden. Der Zuckergehalt ist allein maßgebend, jedoch, da Rum und Kognak geringe Zuckermengen enthalten, erst bei 8 pCt.; außerdem kann ja zur Versüßung genommen werden: Glycerin und Saccharin, so daß eine Zuckerbestimmung nicht maßgebend sein kann. Dagegen empfiehlt es sich, das spezifische Gewicht als Maßstab zu nehmen, da bei Zusatz von Zucker oder Surrogaten dasselbe über 1 sein wird, so daß dadurch Liqueure begrenzt werden können. Geheimrath Sell bestätigt die Mittheilungen des Abg. Wurm. Abg. Buhl beantragt, den Antrag Mirbach dahin abzuändern, daß es nicht heißt Liqueure aller Art, sondern nur Liqueure. Dies wird angenommen. Abg. Wurm betont, daß von Seiten des Reichs-Gesundheitsamtes bis zur dritten Lesung eine Erklärung über die zolltechnische Definition von Liqueur gegeben werden muß. Der Antrag Graf Mirbach wird einstimmig angenommen.

Abg. Gröber: Der Antrag ist ein Kompromiß, da die Regierung erklärt hat, sie werde den Antrag aus erster Lesung nicht annehmen, besonders die Steuerfreiheit des Haustrunks nicht zugeben. Abg. Hug: Der Antrag hat erst bei einer Produktion von 50—60 Zentner eine Erleichterung. Die Haustrunkbrenner brennen aber durchschnittlich nur 20 Zentner, haben also keinen Vortheil. Gerade die bedürftigsten Kleinbrenner, und das sind 9/10 derselben, erhalten nichts. Die Materialsteuer bringt im Ganzen 600 000 M. jährlich; um diese einzuziehen, werden in dem Vorschlag 6 verschiedene Abstufungen gemacht. Die Vollzugsorgane, die unteren Steuerbeamten, wie der Kleinbrenner werden dadurch nur belästigt und finden sich schwerlich zurecht. Wenn die Steuerfreiheit des Haustrunks angenommen wird, entsteht höchstens ein Ausfall von 300 000 M. Die Kontingentirungsliste hat gezeigt, wie viel große Brennereien bedeutende Summen durch die Kontingentirung erhalten. Das ist eine Ungerechtigkeit, die zu schweren Angriffen auf das Gesetz Anlaß giebt; wenn man jetzt durch dasselbe Gesetz die kleinen Brenner auch noch benachtheiligt, so vermehrt man die Zahl der Angreifer. Staatssekretär Maltzahn: Der Antrag Buhl- und Genossen wird den kleinsten Brennern helfen; aber das Gesetz wird dadurch schwerfällig. Wenn der Reichstag nicht ganz bestimmt diese Aenderung verlangt, wird der Bundesrath nichts ändern, obwohl er gegenüber der Mißstimmung in Süddeutschland über dieses Gesetz Zugeständnisse machen will, so daß der Bundesrath sich entschließen könnte, den Antrag Buhl und Gen. anzunehmen. Preußen ist am meisten dagegen und nur dann dafür, wenn 4. (die Streichung der Befreiung des Haustrunks) angenommen wird, sonst wird der ganze Antrag abgelehnt. Der Haustrunk-Paragraph ist eine Ungerechtigkeit, denn jeder Branntweintrinker, der im Stande ist, sich seinen Bedarf selbst herzustellen, muß denselben voll versteuern, mit Ausnahme derjenigen, die in Baden, Bayern und Elsaß wohnen. Die Regierung will ebenfalls die Interessen der kleinen Brenner wahren, das zeigt die Regierungsvorlage. Geheimrath Rauschning: Die Zahl der Brenner, die bis 50 Liter produziren, beträgt 43 681, die 11—12 000 Hektoliter erzeugen, liefern also 1/3 des gesammten Ertrages der die Materialsteuer entrichtenden Brenner; sie zahlen 200 000 M., also auch 1/3 des hier in Frage Kommenden. Nach den Vorschlägen werden sie 72 000 M. zahlen, so daß durchschnittlich anstatt 4 M. 65 Pf. nur 1 M. 65 Pf. pro Brenner Steuern bezahlt werden. Geheimrath Geiger: Die bayerische Regierung wird zum Antrage Buhl u. Gen. wohl ihre Zustimmung geben, und zwar mit Absatz 4 (Befreiung des Haustrunks). Dasselbe erklärt der Vertreter von Württemberg. Der Vertreter von Baden erklärt, daß seine Regierung schon früher im Bundesrath die Steuerfreiheit des Haustrunks beantragt hat und auch jetzt dieselbe wünscht. Da aber diese Befreiung aussichtslos ist, wird sie den Antrag Buhl u. Gen. annehmen und wird dafür gesorgt werden, daß der kleine Brenner nicht durch die Schwierigkeiten der Kontrolle belästigt wird.

Die Verhandlungen sind damit erledigt. Der Bericht wird Mitte April in einer Sitzung zur Verlesung kommen und ist die offizielle Statistik als Anlage beizufügen.

Das Gesetz wird mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Referent für das Plenum ist Abg. Dr. Gamp.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Landsberg a. W. Am Donnerstag, den 12. d. M., fand hier endlich die bisher verhinderte Versammlung statt, in welcher Herr Peus aus Berlin über die Ziele der Arbeiterbewegung und im Anschluß daran über die freie Liebe referirte. Der Referent wurde übrigens am Bahnhof von der Polizei empfangen, der Herr Polizei-Inspektor war nur in Zivil erschienen. So erfuhr denn die Stadt früh genug die Gefahr, die über ihr schwebte. Schon vor 8 Uhr war der mächtige Saal des Attientheaters überfüllt, besonders waren auch viele Nichtarbeiter und Anhänger der Freisinnigen erschienen. Referent erzielte durch seinen 1½stündigen Vortrag, den die Versammlung mit mustergiltiger Ruhe anhörte, lebhaften Beifall. Er schilderte die Entstehung der modernen Arbeiterklasse und erklärte die Theorie vom Mehrwerth oder der Ausbeutung in handgreiflichsten Worten. Besonders interessirten die Ausführungen über die Widersprüche der Arbeitslosigkeit unserer Zeit. Die Darlegung des eigentlichen Sinnes der „freien Liebe" wirkten gleichfalls sichtlich aufklärend. Als nun nach beendigtem Vortrage die Diskussion eröffnet wurde, war die Wirkung des Vortrages zuerst eine solche, daß keiner der zahlreichen Gegner den Muth hatte, hervorzukommen. Erst als nach einiger Zeit der Referent sein Bedauern darüber aussprach, da konnte es ein Dr. med. Feige doch nicht mehr ertragen, so zurückhaltend zu sein und bat ums Wort. Er begnügte sich in seiner ersten Replik mit verhältnißmäßig vernünftigen Einwänden, die man begreifen kann. So glaubte er hinweisen zu müssen auf die Unmöglichkeit, die Menschheit so schnell wie die Sozialdemokraten es hofften, ins Paradies der Freiheit zu bringen, erinnerte an die körperliche, ethische und geistige Verschiedenheit der Menschen, die eine sozialistische Gleichheit unmöglich mache. Besonders aber meinte er Gewicht darauf legen zu müssen, daß die Menschen in früheren Jahrhunderten doch noch viel unglücklicher gewesen wären. Als dann aber Peus in seiner Widerlegung erklärte, der Umstand, daß es früher in mancher Beziehung noch trauriger ausgesehen habe als jetzt, könne für die Arbeiter nicht im mindesten eine Veranlassung sein, das ihnen heute auf den Nägeln brennende Elend nicht zu beseitigen und als er hinwies auf die Verwechselung von Ursache und Wirkung, die dem Herrn Doktor passire, wenn er auf die ethische, geistige und körperliche Verschiedenheit hinweise, die er obendrein sich wahrscheinlich sehr verkehrt vorstelle und so diese Einwände in ihr Nichts aufgelöst hatte, da hielt sich der geehrte Herr Doktor nicht mehr, als er nun noch einmal das Wort erhielt; brachte (man staune) wieder das Theilungsmärchen, überhaupt den ganzen Irrlehrenmann, den großen Eugen vor, meinte, einem gewandten Redner sei es eine Kleinigkeit, eine Versammlung zu Mord und Todtschlag zu reizen und erging sich dann überhaupt in einer Reihe von Denunziationchen. Als dann aber Peus das Schlußwort ergriff, versuchten die Freisinnigen Lärm zu machen, indeß gelang es dem Referenten noch, in kurzen Worten die Arbeiter hinzuweisen auf ihr Klassenbewußtsein und seine Mahnung, als Arbeiter, als Gedrückte nur mit dem Arbeiter zusammen zu gehen und fand in einem dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie begeisterten Anklang. Bei der letzten Wahl gab es in Landsberg nur einige 300 sozialdemokratische Stimmen. Die nächste Wahl wird die Gegner in Erstaunen setzen, denn das Wachsthum der Stadt und ihrer Industrie kommt uns neben der Agitation auch noch zu Gute.

* * *

Hamburg, 17. März. Heute sprach Genosse Wilhelm Liebknecht vor ungefähr 5000 Personen im Saale des Viktoria-Gartens. Liebknecht sprach unter dem begeisterten Beifall seiner Zuhörer eine Stunde lang. Um den Eindruck des Vortrages nicht abzuschwächen, wurde allseitig auf eine Diskussion verzichtet.

* * *

Hamburg, 15. März. Bezüglich der Maifeier wurde in der gestrigen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den ersten Hamburger Wahlkreis in „Jakobs Tivoli", St. Georg, beschlossen: Am 1. Mai zu arbeiten, ein Viertel des Tagelohnes zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen zu opfern und das gleiche den Genossen aller Orte zu empfehlen. Die Gelder sollen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen werden. Am Abend des 1. Mai soll ein Flugblatt verbreitet werden. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, in der nächsten Versammlung bestimmte Vorschläge zu machen für die am 3. Mai d. J. zu veranstaltende Demonstration.

* * *

Magdeburg, 18. März. Für den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogthum Anhalt findet am zweiten und event. am dritten Osterfeiertage in Magdeburg im Prinz Karl-Salon, Lüneburgerstraße, ein Parteitag statt. Genossen, die auf ein freies Nachtquartier reflektiren, werden gebeten, dies an den Genossen Ad. Schultze, pr. Adresse „Volksstimme", Heiligegeiststraße 27, bis spätestens Freitag, den 27. März, anzuzeigen.

* * *

Magdeburg, 14. März. Durch unser Telegramm sind die Leser bereits davon unterrichtet worden, daß der für den feuilletonistischen Theil der „Volksstimme" verantwortliche Redakteur Genosse Fr. Köster wegen Abdruck von Heines Weberlied mit 6 Monaten Gefängniß bestraft worden ist. Bekanntlich hatte die Staatsanwaltschaft in der Veröffentlichung besagten Gedichtes Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung erblickt. Das für die Strafbarkeit der letzteren nothwendige „öffentliche Aergerniß" wurde bei der öffentlichen Verhandlung bezeichnender Weise durch Zeugenaussagen des Staatsanwaltes Nessel, Vorsitzenden des antisemitischen, christlich-sozialen Arbeitervereins, sowie des Referendars Wohlfahrt festgestellt. Aus dem Plaidoyer des Staatsanwaltes ist besonders hervorzuheben, daß er die Gesinnung Heines „jüdisch-international" nannte, wenn auch nicht bestritten werden könnte, daß Heine ein „gottbegnadeter" Dichter gewesen sei. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt W. Heine aus Berlin. Er zweifelte zunächst in Betreff der Gotteslästerung an, ob das „öffentliche Aergerniß" auch berechtigt sei; die Leser, für welche die „Volksstimme" bestimmt sei, hätten sicherlich kein Aergerniß an dem Abdruck genommen, und schließlich gäbe es überhaupt keine Ansicht und keine Ueberzeugung, an deren Aeußerung nicht irgend wer Aergerniß nehmen könnte. In Bezug auf die Majestätsbeleidigung, die durch das Heine'sche Lied begangen worden sein soll, sei zu bemerken, daß das Gedicht lediglich die Stimmung jener elenden und gedrückten Weber wiederspiegeln solle, die sich in den vierziger Jahren in den bekannten Hunger-Revolten Luft machte. Da das Gedicht in jener Zeit entstanden sei, so fehle jeder Anhaltspunkt, daß die Person des herrschenden Regenten beleidigt sei oder beleidigt werden sollte. Der Redakteur, der gewohnheitsgemäß an die Spitze der „Volksstimme" ein Gedicht — darunter auch recht sentimentale — gebracht habe, wollte seinen Lesern eben nur eines der besten Zeitgedichte seines bringen. Demgegenüber führt das Urtheil des Gerichtshofes aus: „Der Geist der Empörung und Aufhetzung spreche aus jeder Zeile der „Volksstimme", ferner habe die „Volksstimme" als offizielles Organ der Sozialdemokraten Magdeburgs eine durchaus atheistische und republikanische Tendenz. Von diesem Gesichtspunkte aus sei der Abdruck von Heines Weberlied zu beurtheilen. Das Gedicht an und für sich sei zwar als reines Kunstprodukt zu betrachten; aber nicht um künstlerisch zu wirken, habe der Angeklagte das Gedicht zum Abdruck gebracht, sondern um aufzureizen und zu beleidigen. Die Absicht sei unverkennbar. Demnach liege auch ein beschimpfendes Lästern Gottes vor. In Bezug auf die Majestätsbeleidigung sei zu berücksichtigen gewesen, daß in einem Blatte mit antimonarchischer Tendenz durch den Abruck des Gedichtes eine Verletzung des monarchischen Gefühles, eine Beleidigung des Königthums beabsichtigt sei. Sei nun auch die Person des herrschenden Monarchen nicht unmittelbar beleidigt worden, so werde er doch unmittelbar durch die Beleidigung des Königthums mitverletzt, weil er der vornehmste Vertreter des monarchischen Prinzips sei, weil er als Träger des Königthums durch jede Beleidigung dieses persönlich selbst beleidigt werden müsse. Demzufolge sei auch der Thatbestand der Majestätsbeleidigung als vorliegend erachtet worden.

* * *

Erfurt. Das wegen Beleidigung des Bau-Unternehmers Götze in Weimar über unseren Genossen Karl Schulze verhängte Urtheil ist, nachdem das Reichsgericht die Berufung verworfen, nunmehr rechtskräftig geworden. Er hat demnach weitere vier Wochen Gefängniß zu verbüßen.

* * *

Sonneberg, 17. März. Wegen des Abdruckes des Heine-schen Weberliedes wurde der Redakteur des hiesigen Parteiblattes „Thüringer Volksfreund" von der Coburger Strafkammer zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

* * *

Bergedorf. Wie die „Berged. Ztg." mittheilt, ist die von den Vorstandsmitgliedern des Fachvereins der Maurer, Koch, Brandmann, Krützmann, Oelerich und Wörmer, gegen das Urtheil der Strafkammer des Landgerichts Hamburg, durch welches sie wegen des unter Anderem gegen den Maurer Hitscher hierselbst durch Verhängung der Sperre begangenen Erpressungsversuchs verurtheilt wurden — die ersteren vier zu je 9 Monaten und der letztere zu 6 Monaten Gefängniß —, eingelegte Revision vom Reichsgericht verworfen. Dieselben wollen sich mit einem Gnadengesuch an den Hamburger Senat wenden.

Theater.

Donnerstag, den 18. März.

Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lessing-Theater. Thermidor.
Berliner Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches Theater. Das alte Lied.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Helyett.
Residenz-Theater. Der selige Toupinel. Vorher: Die Schulreiterin.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Belleallionce-Theater. Hamlet.
Ostend-Theater. Deborah.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 31. März:

Abschieds-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Heute Abend 7½ Uhr:

Große Vorstellung

Das Programm besteht aus 10 der vorzüglichsten Repertoire-Nummern.
Auftreten der besten Reiterinnen und Reiter. Vorführung der bestdressirten Schul- u. Freiheitspferde. Komische Entrees sämmtlicher Klowns.
Zum Schluß der Vorstellung:
Nur noch einige Male:
Circus unter Wasser.
Auf vielseitiges Verlangen:
Eine ländliche Hochzeit.
Gr. kom. egu. Pantomime mit Ballet und neuer Ausstattung.
Morgen: Gr. Vorst. **Circus unter Wasser. — Eine ländliche Hochzeit.**

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **J. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben
unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor **Travieki** aus Rom.
Neu! Neu!
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.
Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
11—1 Uhr. 5—9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Berl. Bock-Brauerei,
Tempelhofer Berg.
Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der
Bock-Saison 1891,
verbunden mit gr. **Militär-Konzert.**
Anfang:
Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Wegen Krankheit verkaufe m. rent. Schuhgeschäft billig. [1047b
W. Peters, Andreasstr. 77a.

Ein donnerndes Hoch dem Kollegen **H. Labs** zum 19. März. Es gratulirt Dein Freund **F. Grätz.** 1049b

---

Allen Freunden u. Bekannten, sowie den Meistern u. Kollegen m. l. Mannes **Wilhelm Hausig,** welche demselben die l. Ehre erw. h., sage ich m. aufr. Dank.
Die trauernde Wittwe **Auguste Hausig.**

Abrechnung

über **Einnahme** und **Ausgabe** der **Berliner Lokalkommission.**

A. Einnahme:

Vom Verein der Gast- und Schankw. Berl. u. Umg.	100,—	M.
V. Verein d. Zimmerleute	50,—	„
Durch Ernst Wilschke . .	18,—	„
Tellersamml. v. 10. Juni 90	47,43	„
„ von 1891 . .	130,47	„
Durch Verkauf v. Almanachs	1692,70	„
An Inserate	1030,—	„
Summa	3068,60	M.

B. Ausgabe:

An Porto u. Schreibmaterial	44,70	M.
Für Säulenanschläge . .	96,—	„
„ Fahrvergüt. u. sonstige Entschädig. v. April 89 bis März 91	45,—	„
An diverse Ausgaben . .	1,75	„
Für den Prozeß Heindorf	90,—	„
Für Satz, Druck u. Papier der Almanachs . . .	1854,50	„
Für Buchbinderlohn . .	663,60	„
Hierzu Bestand	333,05	„
Summa	3068,60	M.

Zur näheren Information und sonstigen Aufklärung über diese Abrechnung geben wir Folgendes bekannt: **Der Buchbinderlohn** vertheilte sich:

Auf Kohlhard .	406,—	M.
„ Engelmann .	229,60	„
„ Janiszewsky	28,—	„
Summa	663,60	M.

663 M. 60 Pf. f. gebundene Almanachs.

Von Denen, welche noch mit ihrer Abrechnung im Rückstande und trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung nicht abzurechnen geneigt sind, heben wir besonders die Herren **Scheck, Meyer, Tamm** und **König** hervor. Der Herr **Tamm** hat sogar noch die von den Kartonarbeitern der Kommission bewilligten 25 M. abzuliefern sich bisher nicht gemüßigt gefühlt.

Die Berliner Lokalkommission:
J. A.: **Werner. Heindorf. Jusinger.**

Vorstehende Abrechnung ist von uns revidirt und für richtig befunden.
Ehling. David. Ganschow.

NB. Von diesem Bestand werden wir in der nächsten Woche 300 M. dem Parteivorstand überweisen.
204/3 **D. O.**

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Rester-Handlung.
Billige Rester zu Knaben-Anzügen von 1 M. an, sowie zu großen Anzügen von 6 M. an bis zum feinsten Kammgarn, sowie Rester zu Regen- und Sommermänteln, Sammt, Seide, Plüsch, Atlas (alle Besatz-Artikel), Trikot zu Taillen, alle Farben; auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt, empf. **Karle, Waldemarstr. 66, part.**

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

Photographie-Atelier
Berlin **Gustav Stutz** Hamburg
Landsberger-Strasse 82.
Spezialität: 12 Visit-, Brust- oder Kniebild u. 1 wirkliches Kabinetsbild, zusammen **4,50 M.** hochfeiner Ausführ. u. Haltbarkeit.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artillerieстr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Welt-Restaurant.
97. Dresdenerstraße **97.**
Täglich Auftreten der
Norddeutschen Sänger,
sowie d. **Concert-Sängerin** Frl. **Elise König** u. **Geschw. Waldmann.** [5M
Auftr. des Humoristen **Hrn. Runkel.**

Achtung!

Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!

In der Pianoforte-Fabrik von **Matz & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzirung die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fern zu halten.
186 **Die Kommission.**

NB.: Sammellisten können jeden Abend bei Winzer, Naunynstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden W. Neumann, Ackerstr. 138, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefèvres Fabrik,** **Berlin,** Oranienstr. 158. [277 L
1 Posten reinw. **Schlafdecken** m. kleinen Flecken. Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Neu! D. R. P. Nr 52 149 **Neu!**
Schnell! Billig! Bequem!
Vollständig **gefahrlos** ist die Einrichtung zum
Gefahrlosen Tränken
des zum Feueranzünden dienenden Holzes mit Petroleum

und kostet jährl. nur 25 Pfg., wenn täglich viermal Feuer angezündet wird, sei es mit Kief-, Birken-, Buchen-, Fichten- od. Eisenholz. Nach viel Bemühungen ist es uns gelungen, den Apparat praktisch und einfach herzustellen, daß sogar jedes Kind Feuer anzünden kann, ohne dabei in Gefahr zu kommen, sich und Anderen Schaden zuzufügen, wie es schon so vielen Hunderten ergangen ist. Darum säume man nicht, sich eine solche Universal-Kienfabrik für den billigen Preis von **75 Pfg.** anzuschaffen. Die Einrichtungen sind zu haben in **jedem Eisenwaaren-Geschäft** u. ähnl. Branchen.
General-Vertrieb:
H. L. Baumann in **Berlin SO.,** Wienerstr. 21. 378L

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
131 L empfiehlt
Julius Apelt,
Sebastian-Straße Nr. 27—28.
Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.

Im Tuchgeschäft
Oranien-Str. 126. I.
Herren- u. Einsegnungs-Anzüge, Paletots,
sowie **Damenkleider etc.**
Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 355 L

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-
Fabrik von **R. Jhloff,** Linienstr. 201, am Rosenthaler Thor. 153 L

Den Parteigenossen
empfehle ich mich zur Anfertigung gut sitzender **Herren-Garderobe.**
A. Böttcher, Schneidermeister, **Fürbringerstr. 36.** [332L

Ein schöner großer Neufundländer Hund, gekräuseltes Haar, ganz schwarz, ist für 50 M. franko Berlin zu verk. p. A. **Chr. Bönning,** Coburg, Leopoldstr. 49.

Cigarren eigener Fabrik
empfiehlt allen Freunden u. Genossen
A. Richter, Landsberger Allee 145.
(Schrägüber dem Elysium.)

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Oranienstr. 3,** im Korbgeschäft. 416 b

---

Bücher jeder Wissenschaft **kauft** u. beleiht **A. Hannemann,** Kochstr. 56. **Telephon I, 4027.** [271L

Sozialdemokratischer Wahlverein für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 20. März, Abends 8 Uhr:

Große Versammlung

im Lokal des Herrn **Röllig,** Neue Friedrich-Straße 44.
Tages-Ordnung: 343/3
1. Die Bestrebungen des Bürgerthums von 1848 und die gegenwärtigen. Referent Herr **Metzner.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung d. Maurer Berlins u. Umg.

Heute, den 19. März, **Heute:**

Versammlung

bei **Orschel's,** Sebastian-Straße 39.
Tagesordnung: 234/11
1. Vortrag des Herrn **Pëus.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes und Fragekasten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**
NB. Die Statistik-Bücher gelangen zur Ausgabe.

Achtung, Metall-Arbeiter!

Am **Dienstag, den 31. März** (dritten Osterfeiertag), **Vormittags präzise 10 Uhr,** findet im Saale des **Böhmischen Brauhauses** eine

große öffentliche Versammlung

aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter

statt, in welcher eine möglichst einheitliche Feier des 1. Mai beschlossen werden soll. Da der Saal von 2 Uhr ab anderweitig benutzt wird, ist pünktliches Erscheinen unbedingt nothwendig.
224/19 **Petzold.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins und Umgegend.

General-Versammlung

am Freitag, den 20. März, Nachmittags 5 Uhr,
im Lokale des Herrn **Gründel,** Dresdenerstr. 116.
Tages-Ordnung: 159/3
1. Wahl des 1. Vorsitzenden. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten: a) Bericht des Vergnügungs-Komitees; b) Wahl der Rechtsschutz-Kommission. 6. Verschiedenes u. Fragekasten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Achtung! **Achtung!**

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Droschkenkutscher Berlins

am Freitag, 20. März, Abends 9 Uhr,
im Saale der **Norddeutschen Brauerei,** Chausseestraße 58.
Tages-Ordnung: 143/2
1. „Sind den Droschkenkutschern durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz Vortheile oder Nachtheile erwachsen?" Ref. **Dr. Lütgenau.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Droschkenkutscher ist nothwendig. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree nach Belieben erhoben. **Der Einberufer.**

Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringerstr. 75.

Für Sonnabend und Sonntag suche einen geübten **Klavierspieler. Ad. Scholtz,** Kastanien-Allee 35.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 3.

Von uns ist zu beziehen:

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Von
Moritz Rittinghausen.
4. Auflage. 8°. Preis broschirt 2,50 M.

Das Rittinghausen'sche Buch bildet eine vortreffliche Anleitung für Jeden, der sich mit der Frage der direkten Gesetzgebung näher beschäftigen will. Dem Verfasser gebührt das Verdienst, die direkte Gesetzgebung in Deutschland populär und in ihrer vollen Bedeutung verständlich gemacht zu haben. Besonders den Vereins-Bibliotheken empfehlen wir das Buch zur Anschaffung.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 3.

In unseren Verlag ist übergegangen:

Ursprung und Lage der ländlichen Arbeiter.

Von
Julius Türk.
Preis eleg. brosch. 80 Pf.

Für die Agitation unter den ländlichen Arbeitern wird die vorstehende Schrift ersprießliche Dienste leisten, weshalb jedem Genossen, der sich an derselben zu betheiligen beabsichtigt, Kenntniß des Inhalts derselben zu empfehlen ist. Der Verfasser hat mit großem Fleiße ein reiches statistisches Material zusammengetragen, das klar und deutlich das Elend zeigt, in dem das ländliche Proletariat schmachtet.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 66. Donnerstag, den 19. März 1891. 8. Jahrg.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Dresden. Der Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ war vor einiger Zeit vom Schöffengericht zu Riesa wegen Beleidigung eines Schutzmannes, begangen durch die Presse, zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt. Sowohl von Seiten des Verurtheilten als auch von Seiten der Staatsanwaltschaft war Berufung gegen dieses Urtheil eingelegt. Infolge erneuter Beweisaufnahme vor dem hiesigen Landgericht, 2. Strafkammer, zog die Staatsanwaltschaft ihre Berufung zurück und wünschte eine mildere Bestrafung des Angeklagten, da er alles aufgeboten habe, um die Wahrheit der betreffenden ihm überbrachten Angaben festzustellen. Die Vertheidigung stellte fest, daß eine Beleidigung wohl überhaupt nicht vorliege und daß eine ganze Reihe von Milderungsgründen dem Angeklagten zu Gute kämen. Der Angeklagte selbst protestirte gegen das Urtheil des Riesaer Schöffengerichts, welches bemerkte, er habe mit seiner Publikation nicht ein öffentliches Interesse wahren wollen, sondern als Sozialdemokrat die Aufhetzung der Bevölkerung gegen behördliche Maßnahmen bezweckt. Der Gerichtshof hob das erstinstanzliche Urtheil betreffs der Strafart auf und erkannte auf 80 M. Geldstrafe bez. im Uneinbringlichkeitsfalle 8 Tage Gefängniß.

* * *

Mainz, den 16. März. Eine Parteikonferenz tagte gestern Nachmittag im „Weißen Rößchen“ mit der Tagesordnung: „Die endgiltige Regelung unserer Preßverhältnisse“. Vertreten waren folgende Orte: Biebrich, Schierstein, Erbach a. Rh., Eltville, Erbenheim, Amöneburg, Kastel, Hochheim, Mainz, Mombach, Finthen, Hechtsheim, Wörrstadt, Bingen und Kempten, zusammen 15 Orte mit 30 Delegirten. Zweck der Konferenz war, den ungewissen Zustand zu beseitigen, der durch den Beschluß des Frankfurter Parteitages behufs Herausgabe eines Zentralorgans für Hessen-Nassau und Oberhessen, im Interessenkreise der „Mainzer Volkszeitung“ entstanden war. Scharf getadelt wurde von allen Seiten das Fehlen Wiesbadens, trotzdem die Einladung zu der Konferenz an die Genossen jenseits des Rheins von Seiten Wiesbadens geschehen war. Nach längeren, ruhig und sachlich geführten Debatten wurde beschlossen, den bisherigen Zustand vorläufig aufrecht zu erhalten, die „Mainzer Volkszeitung“ als das Organ der sozialdemokratischen Partei für die Wahlkreise Mainz, Wiesbaden und Bingen-Alzey zu betrachten und mit allen Kräften für deren Verbreitung einzutreten.

* * *

Stuttgart, 17. März. Zahlreiche Haussuchungen — man spricht von ca. einem Dutzend — wurden in den letzten Tagen bei hiesigen Arbeitern vorgenommen. Die Veranlassung hierzu ist uns bis jetzt nicht bekannt, doch handelt es sich höchstwahrscheinlich um Vergehen politischer Art. Zwei der Behaussuchten sollen zur Vernehmung nach Konstanz gebracht worden sein, während mehrere hier in Haft behalten wurden. — Es kann sich keinesfalls um Verbreitung sozialistischer Schriften handeln, da diese durch den Wegfall des Sozialistengesetzes ungehindert verbreitet werden können.

Lokales.

Der achtzehnte März. Die erste Wiederkehr dieses denkwürdigen Tages seit dem Fall des Sozialistengesetzes ließ die Feier in diesem Jahre zu einer imposanten Kundgebung werden. Trotz des, besonders Morgens, trüben Wetters waren die Schaaren der herbeiströmenden Männer und Frauen endlose, unzählbare. Es zeigte sich auch hier wieder recht drastisch, daß es einzig und allein das arbeitende Volk ist, welches jener Männer gedenkt, welche von ihrer Begeisterung für Freiheit, Wahrheit und Recht getrieben in dem sogenannten „tollen“ Jahre 1848 tapfer kämpfend den Opfertod erlitten. Gerade diejenige Klasse, welche den Vortheil aus dem Volksaufstande gezogen hatte — die Bourgeoisie, sie glänzte an diesem Tage, wie gewöhnlich, durch Abwesenheit, sie hatte kein Zeichen der Erinnerung für jene Männer, welche heldenmüthig für sie — in der Meinung auch für ihre eigenen Rechte und Freiheiten einzutreten — die Kastanien aus dem Feuer holten. Es waren nur die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, welche der tapferen Freiheitskämpfer in würdiger Weise gedachten. Vom frühesten Morgen strömten die Massen herbei und schon die Frühaufsteher fanden die Grabstätte durch schöne, mit rothen Schleifen versehene Kränze geschmückt. Je mehr der Tag vorrückte, desto lebhafter wurde der Verkehr, desto stärker wuchs die Zahl der Kränze an, so daß schon frühzeitig sämmtliche Gräber mindestens durch einen Kranz geschmückt waren. Kränze von prächtigster Art wechselten mit kleinen, winzigen und unscheinbaren Kränzen ab — ein deutliches Zeichen, wie die Spenden aus dem Herzen des Volkes herausgekommen sind. Mittags wuchs dann der Besuch derartig an, daß man nur mühselig sich noch Bahn brechen konnte und am späteren Nachmittag, da hatten sich die Massen so angestaut, daß sie dichtgedrängt in langer Reihe einen Zug bildeten und nur Schritt für Schritt zur Ruhestätte gelangen konnten. Während Vormittags vorwiegend Männer zu erblicken waren, sah man Nachmittags die Frauen in mindestens gleicher Zahl. Alt und Jung drängte sich durcheinander — kurz, das Volk, das heißt das arbeitende Volk, das Proletariat, betheiligte sich an der Kundgebung. Und immer noch wuchs die Zahl der Kränze an! Bis gegen 5 Uhr zählten wir etwa 130, dabei kamen aber fortwährend neue hinzu.

Die theilweise sehr werthvollen und großen Kränze waren zum größten Theile mit rothen Schleifen und Inschriften, den „tapferen Vorkämpfern für Wahrheit, Freiheit und Recht gewidmet“ u. a. m., versehen. Nur wenige hatten weiße Schleifen, und diese dann bis auf einen einzigen rothe Blume eingeflochten. Besonders prächtig nahm sich der von den Sozialistinnen Berlins gewidmete Kranz mit seiner schwarzen Atlasschleife aus. Kränze waren ferner niedergelegt von den streikenden Vergoldern Berlins, der Agitationskommission der Mühlenarbeiter, den Bildhauer-Gehilfen, dem Diskutirklub „Süd-Ost“, den an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeitern, den Arbeitern der Tischlerei von F. Müller, dem Lese- und Diskutirklub „Emanzipation“, von mehreren Genossen aus einer Werkstätte, von den Zigarren-Arbeitern der Martienzen'schen Fabrik, von den Maurern Berlins. — Auf einem Grabstein lag ein ärmlicher Kranz, welcher mit einem dünnen rothen Bändchen umschlungen war und in dessen Mitte eine Platte mit der Inschrift sich befand: „Dem unschuldig gefallenen Onkel sein ihn nie vergessender Neffe.“ Schöne Kränze hatten sämmtliche Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine niedergelegt, der vierte zwei und besonders prächtig waren die des ersten und dritten Wahlkreises. Ein ungeheuer großer Kranz, welcher von zwei Genossen getragen werden mußte, kam von den gesammten Berliner Genossen, an Größe wurde derselbe nur noch von dem der Gärtner übertroffen, welche mit demselben ihrem Berufe alle Ehre machten. Auch die sozialdemokratischen Wahlvereine von Charlottenburg und Nieder-Barnim, sowie die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten Kränze gespendet. Ein stattlicher Kranz war von dem „Allgemeinen Metallarbeiter-Verein“ dargebracht worden, wie überhaupt die Metallarbeiter sich ganz hervorragend betheiligt hatten, so waren von den Arbeitern der Löwe'schen Fabrik zwei wundervolle große Kränze gespendet worden, welche allgemein als die schönsten bezeichnet wurden.

Wir bemerkten weiter an Kränzen solche von den Arbeitern der Fabrik von Beermann, den Genossen der Borsig'schen Fabrik, den Arbeitern der Nähmaschinen-Fabrik von Gebrüder Rothmann, von dem Fachverein der Zinkgießer und Stürzer, dem Fachverein der Metallschleifer, dem Fachverein der Eisen- und Metalldreher Berlins und Umgegend, von den Arbeitern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, von den polnischen Genossen, den Berliner Gastwirthsgehilfen, den Handlungsgehilfen, den gewerblichen Hilfsarbeitern, dem geselligen Klub „Proletariat“, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter, den Genossen der Fabrik von Groschkus, den Mitgliedern des geselligen Vereins „Hoffnung“, von den Arbeitern der Knopffabrik von Beiler und Behrend, dem Lese- und Diskutirklub „Fester Wille“, dem Skatklub „Rückwärts“, den Bäckern Berlins, den Hutmachern Berlins, der „Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins“, dem Leseklub „Gleichheit“ (Berlin Nord), dem Männer-Gesangverein „Morgenroth“, dem Rauchklub „Kernspitze“, dem Rauchklub „Ohne Zwang“, dem sozialdemokratischen Agitationsverein „Spinoza“, dem Verband der Möbelpolirer, dem Skatklub „Treff“, von Mitgliedern des Vereins der Buchdrucker und Schriftgießer Berlins, den Töpfern der Prenzlauer Allee, dem Leseklub „Freiheit“, dem Bildungsklub der Hausdiener.

Fürwahr eine stattliche Reihe! Rechnen wir nun noch die Unzahl — ungefähr 50 — der ohne Inschrift gewidmeten Kränze hinzu, so kann man wohl mit Fug und Recht von einer wahren Volkskundgebung sprechen, die Spenden, der Massenandrang, Alles spricht deutlich dafür, daß die Betheiligung keine oberflächliche war, daß sie vielmehr dem Drange eines für Wahrheit und Recht warm fühlenden Volkes entsprossen ist.

Zu erwähnen wäre noch, daß sich unter der Unmasse der Kränze auch — ein weißer Rabe — ein mit schwarz-roth-goldener Schleife versehener Kranz des „Demokratischen Vereins“ befand, aber das war auch das einzige Zeichen einer Theilnahme seitens der Bourgeoisie und dieser eine erinnerte uns desto lauter an das Fehlen der anderen.

Der Verlauf der Demonstration war ein musterhafter zu nennen. Der Würde des Tages entsprechend befleißigte sich jeder Theilnehmer der vollkommensten Ruhe. Anerkannt muß auch werden, daß die Polizei sich dem Publikum gegenüber äußerst entgegenkommend benahm, sich in nichts weiter einmischte als in die Anordnung des Zuges. Infolge dessen kam es, daß der Tag ohne jeden nennenswerthen Vorfall — soweit unsere Nachrichten, die sich bis auf 5 Uhr Nachmittag erstrecken — endete.

Ueber den Verkauf von Postwerthzeichen erläßt der Reichskanzler unterm 5. März d. J. folgende Bestimmung, die den § 43 der Postordnung vom 8. März 1879 abändert,:

1. Die Freimarken, sowie die gestempelten Postkarten und Postanweisungen werden zu dem Nennwerthe des Stempels an das Publikum abgelassen.

2. Die Anstalt, in welcher die Postwerthzeichen hergestellt werden, übernimmt die Abstempelung von Postkarten mit dem Freimarkenstempel für das Publikum unter den bei jeder Postanstalt zu erfragenden näheren Bedingungen.

3. Außer Kurs gesetzte Postwerthzeichen werden innerhalb der durch den „Deutschen Reichs-Anzeiger“ und andere öffentliche Blätter bekannt zu machenden Frist bei den Postanstalten zum Nennwerth gegen giltige Postwerthzeichen umgetauscht. Nach Ablauf der Frist findet ein Umtausch nicht mehr statt. Die Reichs-Postverwaltung ist nicht verbunden, Postwerthzeichen baar einzulösen.

4. Die Verwendung der aus gestempelten Postanweisungs-Formularen und Postkarten ausgeschnittenen Frankostempel zur Frankirung von Postsendungen ist nicht zulässig.

Zum Umtausch in den Händen des Publikums unbrauchbar gewordener Postwerthzeichen (Freimarken, gestempelter Postanweisungs-Formulare und Postkarten) ist die Postverwaltung nicht verpflichtet.

Diese Abänderung tritt sofort in Kraft.

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust! so kann nämlich mit gutem Recht der „Schriftleiter“ der „Restaurant-Hotel-Revue“, eines in Leipzig erscheinendes Fachblatts für „gutgesinnte“ Gastwirthsgehilfen, von sich sagen. Wenn man weiß, was seit dem Sozialistengesetz alles in Sachsen als nicht gutgesinnt gilt, wird man die Anforderungen zu würdigen wissen, die der Schriftleiter Blüher in Leipzig an die gute Gesinnung der Kellner stellt.

In der Nummer vom 26. v. M. bringt die in deutschsächsisch geschriftleiterte R.-H.-R. einen Leitartikel über die Kellnerdebatte im Reichstage bei Gelegenheit der Berathung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe mit folgender Einleitung:

„So wäre denn die Sache der Kellner (Gastwirths-Gehilfen) doch noch im Deutschen Reichstage zur Sprache und zum vorläufigen Austrag gekommen! Obwohl wir das hochwichtige Ereigniß, das wichtigste seit Bestehen unserer Zeitung, am liebsten selbst und nach unserer Anschauung besprochen hätten, treten wir doch bescheiden zurück und lassen zunächst aus der großen Zahl von Zuschriften, die uns aus diesem Anlaß zugingen, eine folgen, deren Aufnahme dringend begehrt wird. Sie trägt die Ueberschrift „Unsere Sonntagsruhe“, ist von einem Küchenmeister verfaßt und lautet:

Die Würfel sind gefallen! Für eine absehbare Zeit ist die Frage, ob wir Gastwirths-Gehilfen Anspruch auf eine Ruhepause in der Woche haben sollen, zur Seite gelegt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gelangte der Antrag der Arbeiterschutz-Kommission zur Annahme.“

Es folgt dann ein Bericht über die betreffende Sitzung des Reichstages, der ziemlich objektiv gehalten ist. — An diesen Bericht schließt der Einsender die ernste Mahnung an die Führer der Kellnerbewegung, die Hände nicht in den Schooß zu legen, und hieran schließt Herr Blüher seine Weisheit, indem er ausführt, die Beschlußfassung im Reichstage wäre gar keine Niederlage der Kellner gewesen und fährt dann so fort:

„Aber noch Eines erfüllt speziell uns (nämlich den Schriftleiter Blüher) mit Genugthuung. Als wir seinerzeit — die Einzigen! — sofort die Sitzungsberichte der Arbeiterschutz-Kommission richtig auffaßten, als wir davor warnten, den sozialdemokratischen Lügen, als habe man die Kellner zu Dienstboten degradirt, Glauben zu schenken, man solle sich nicht blamiren — da erschien in dem sozialdemokratischen Schmutzblatt ein Schmutzartikel, betitelt „Herr Dr. Blüher und seine Wahrheitsliebe“, in welchem eine noch nicht vom Reichstag belehrte, geradezu ochsige Bornirtheit den Dr. Blüher als „Lügner“ und geistig beschränkt hinzustellen wagte, weil er allein nicht auf den sozialistischen Leim gekrochen war. Wir hielten es unter unserer Würde, darauf zu antworten; denn gegen Dummheit (und Frechheit) kämpfen Götter selbst vergebens. Unsere Petition war richtig, die beiden anderen gingen von falschen Voraussetzungen aus. Nun Ihr Strohköpfe, jetzt hat der Reichstag sein Verdikt gefällt und uns eine Rechtfertigung ausgestellt, wie sie glänzender nicht gedacht werden kann. Wer waren die Lügner, wer die Blödsinnigen? Wer ist blamirt? Wer hat den ganzen Kellnerstand bloßgestellt, und trotz aller Warnungen? Ja, jetzt könnten wir hohnlachen, wenn uns nicht das Ansehen des Kellnerstandes näher läge. Waren doch einige unserer eigenen Leute Anfangs auch auf die sozialdemokratischen Lügen reingefallen, trotz unserer Warnung. Diese waren wenigstens so klug, ihrer Petition noch eine andere Schlußwendung zu geben — aber die Kellner-Sozialdemokraten pochten Mangels eigener Urtheilsfähigkeit, trotzdem der klare Wortlaut der Verhandlungen vorlag, auf ihren „Führer“, der nun selbst als Lügner gebrandmarkt ist. Die Nemesis! So mußte es kommen!“

Wir haben den ganzen Herzenserguß mitgetheilt, damit die sozialdemokratischen Kellner sich überzeugen können, was für ein „feiner“ und „gebildeter“ Mann der Herr „Dr.“ (das soll doch nicht etwa „Doktor“ heißen?) Blüher ist. Er theilt den Inhalt jener Reichstags-Verhandlung ganz ausführlich mit, in welcher die Redner darüber streiten, ob der Kellner Dienstbote oder Gewerbegehilfe ist. Beiläufig bemerkt, ist die Frage auch in Preußen keineswegs in allen Fällen so klar und zweifelsohne; es können sehr wohl Zweifel entstehen, ob der „Markeur“ eines kleinen Gasthofes in einer kleinen Stadt als Gewerbegehilfe oder als Gesinde (Hausknecht) zu betrachten ist.

Herr Blüher wirft mit „Schmutzblättern“ und „Schmutzartikeln“ nur so um sich; das finden wir Kellnern gegenüber gegenüber sehr unpassend, denn von denen nimmt man an, daß sie reinliche Leute sind. Wenn der Herr Dr. Blüher für seine Person auf Reinlichkeit weniger Werth legt, indem er sich mit solchen unsauberen Dingen beschäftigt, so ist das seine Sache.

Herr Dr. Blüher spricht von sozialdemokratischen Lügen, das verzeihen wir ihm mit der Versicherung unserer aufrichtigsten Theilnahme für sein mangelhaftes Fassungsvermögen, das allerdings nicht ausreicht, die sozialdemokratischen Wahrheiten zu erfassen.

Herr Dr. Blüher spricht von „ochsiger Bornirtheit, Dummheit, Frechheit, Strohköpfen“. Wir finden diese Ausdrücke ganz erklärlich; augenscheinlich hat sie Herr Dr. Blüher aus der tiefsten Tiefe der eigenen Empfindung geschöpft und da ruht bekanntlich immer das eigenste Sein des Menschen —, „Dummheit, Frechheit, Strohköpfe!“ Ja, ja Herr Dr. Blüher, solche Stützen der modernen Gesellschaft kann man in dem biederen Sachsenlande gebrauchen. Sie sind ganz gewiß eine der würdigsten Stützen der Gesellschaft in Sachsen, wo so ein bischen Sozialistenfresserei noch immer seinen Mann ernährt. Lassen Sie sich's nur gut bekommen Herr Dr. Blüher! Sollten Sie sich aber, was bei Ihrem Eifer leicht passiren könnte, einmal bei dieser edlen Thätigkeit den Magen verderben, so wenden Sie sich wegen der nöthigen Krankenkost nur vertrauensvoll an einen sozialdemokratischen Kellner, es soll deren, wie wir zuverlässig wissen, auch in Sachsen und Leipzig mehrere geben.

Die Probefahrt gegen den neuen Prellbock auf dem Potsdamer Güterbahnhof sah etwas unheimlich aus. Dieselbe lief nichts desto weniger vollständig glatt ab. Die erste Fahrt mit Bahnhofsgeschwindigkeit hatten in den Wagen höhere Bahnbeamte mitgemacht. Der Lokomotivführer, welcher am exponirtesten war, erhielt 50 M. Für die Probefahrt mit Volldampf hatte er sich für alle Fälle sein volles Gehalt für seine Frau zusichern lassen. Im Zuge war Niemand, auf der Maschine er allein; selbst der Heizer fehlte. Von Lichterfelde her kam der Zug mit 30 Kilometer Geschwindigkeit dahergebraust. Selbst beherzte Zuschauer wandten das Gesicht ab. Aber der Zug stand.

Daß unmittelbar vor den Thoren Berlins in der Hasenhatde viele Hasen, im Winter auch Rebhühner heimisch sind, auch einige Male Rehe anzutreffen waren und neuerdings wilde Kaninchen sich anzusiedeln beginnen, dürfte vielfach bekannt sein. Nur Wenige dürften es indessen wissen, daß sich auch im Thiergarten — und derselbe liegt doch innerhalb Berlins — Hasen anzusiedeln beginnen. „Im letzten Winter fand, so schreibt ein Berliner Nimrod der „Nat.-Ztg.“, mein Jagdhund einen Hasen an der Baumschule. Gestern, am 16. März, fand er wiederum einen Hasen dicht am Floraplatze. Wenn es auch in beiden Fällen ein und derselbe Hase gewesen sein sollte, so würde dies um so mehr ein günstiges Zeichen für die Ansiedelung des Hases im Thiergarten sein, da er die Aesung desselben der vor den Thoren Berlins vorzieht. Die seit mehreren Jahren im Thiergarten heimischen wilden Enten haben sich bereits gemehrt und sind paarweise auf den verschiedensten Tümpeln des Thiergartens anzutreffen; sie bedürfen jetzt und während der Brutzeit dringend der Ruhe und die Thiergartenverwaltung würde gut thun, die betreffenden Tümpel mit dichtem Strauchwerk zu umgeben.“

Ueber die Entwendung eines Trauringes auf offener Straße wird von amtlicher Seite Folgendes mitgetheilt: Der Schlosser D. ging in der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. zusammen mit dem Destillateur P. durch die Gerichtsstraße. In der Nähe der Adolphstraße gesellte sich zu den Genannten ein unbekannter Mann, welcher den D. unter den Arm faßte und ihn zum gemeinschaftlichen Besuch eines Cafés aufforderte. D. lehnte dies ab und bemerkte beim Weitergehen plötzlich, daß er seinen Trauring nicht mehr am Finger hatte. Er beschuldigte den Unbekannten, in welchem später der mehrfach vorbestrafte Gärtler Räckling ermittelt wurde, des Diebstahls. Letzterer bestritt zwar, den Ring weggenommen zu haben, gab denselben aber heraus, als P. den Ring in der Hand des Räckling bemerkte. Der Dieb suchte nun zu entfliehen, wurde aber verfolgt und festgenommen. Bei der Durchsuchung auf der Polizeiwache war er im Besitz von zwei Uhren, von denen D. die eine als die seinige erkannte, während der Eigenthümer der anderen, einer goldenen Damen-Schlüsseluhr mit der Nummer 206 664 noch nicht ermittelt ist. Räckling will diese Uhr von einem Zigarrenarbeiter Schmidt, den er nicht näher bezeichnen kann, gekauft haben. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß er auch diese Uhr gestohlen hat.

Ein ziemlich erheblicher Diebstahl ist in der verwichenen Nacht mit ebensoviel Ruhe als Frechheit durchgeführt worden. Mehrere Spitzbuben hatten sich vorgestern Abend kurz vor 10 Uhr in das Haus Wilmersdorferstraße Nr. 108 zu Charlottenburg eingeschlichen und in dem offen stehenden Keller versteckt. Um nun die Zeit zur Ausführung ihres Planes abzuwarten, hatten sie sich aus mitgebrachten Säcken und vorgefundenem Material eine Lagerstätte bereitet und sich auch zum Schlafen niedergelegt. Die Diebe scheinen sich sehr sicher gefühlt zu haben; denn sie hatten, bevor sie zur Ruhe gingen, in der Nähe ihres Lagers ein brennendes Licht aufgestellt und hierdurch einen der Holzverschläge in Brand gesetzt. Durch den Feuerschein und Qualm müssen nun

Arbeiter Berlins! Gedenkt der ausgesperrten deutschen Arbeiter!

wohl die Schläfer aufgewacht und nach Erstickung des Feuers an die eigentliche Arbeit gegangen sein. Sie erbrachen die Thüren sämmtlicher Kellerräume und entnahmen denselben, was ihnen des Mitführens werth schien. Mit diesen Gegenständen füllten sie ihre Säcke und drangen zuletzt in ein Tabakslager ein, wo ihnen gleichfalls reiche Beute, namentlich an Kautabaken zufiel, welche letztere, wie die zurückgelassenen Spuren zeigen, sie auf ihre Güte eingehend untersucht haben. Während sie sich nun im Keller marschbereit machten, betrat denselben das Dienstmädchen des Gastwirths Kaufhold und sah auch die Bündel dort liegen, ohne sich dabei etwas Anderes zu denken, als daß darin für das Tabakslager bestimmte Waaren enthalten seien. Die Einbrecher hatten sich ihrem Anblick zu entziehen gewußt und verließen gleich darauf um 7 Uhr, also bei hellem Tage, mit ihrer Bürde unangefochten Keller und Haus. Zum Fortschaffen des gestohlenen Guts muß ein Fuhrwerk gedient haben, welches in der Nähe des Bahnhofs Charlottenburg auf freiem Felde aufgestellt war, da die Beute so umfangreich war und u. A. einen schweren kupfernen Waschkessel enthielt. Bis zur Stunde fehlt es an jedem Anhalt zur Ermittelung der verwegenen Thäter.

Verhaftete Falschmünzer. Allem Anschein nach hat die Polizeibehörde unseres Vorortes Friedrichsberg-Lichtenberg einen wichtigen Fang gethan, indem es einem dort stationirten Gendarmen vor einigen Tagen gelang, mehrere Verbreiter falscher Thalerstücke dingfest zu machen. Als am Montag Nachmittag der Barbierlehrling B. aus Rixdorf die Dorfstraße in Friedrichsberg passirte, traten drei junge Burschen an ihn heran, und ersuchten denselben, ihnen doch einen Thaler zu wechseln. Als der Lehrling erklärte, dies nicht zu können, veranlaßten sie B. erst durch Bitten, dann durch Drohungen, einen ihm übergebenen Thaler in einem nahen Restaurant zu wechseln. Dies that der junge Mensch auch, der Wirth aber, der Tags vorher erst mit einem derartigen Falsifikate hineingefallen, erkannte die Unechtheit des Thalers auf den ersten Blick. Ein zufällig im Lokal anwesender Gendarm nahm den B. sofort in ein scharfes Verhör und nachdem er von der Schuldlosigkeit des Barbierlehrlings sich überzeugt, begaben sich der Beamte und mehrere Gäste in Begleitung des B. auf die Straße hinaus, der Letztere voraus, um den in einiger Entfernung Wartenden das „gewechselte" Geld zu übermitteln. Bei der Theilung beschäftigt wurde das Kleeblatt nun von dem inzwischen herangekommenen Gendarmen attrapirt. Doch konnte nur einer der Burschen festgenommen werden, während die beiden anderen Fersengeld gaben. Die Flüchtigen wurden aber, da der dingfest Gemachte sofort Alles eingestand, noch an demselben Abend verhaftet und vorgestern nach Moabit überführt.

Eine abgesägte Menschenhand ist Montag Nachmittag auf dem Boden des Hauses Bergstraße 11 wohlverpackt zwischen den dort aufbewahrten Möbeln der Witwe Hartmann gefunden worden. Die Letztere hatte bis etwa vor Jahresfrist in dem genannten Hause zwei Treppen hoch eine Wohnung inne, von welcher sie Zimmer abvermiethete. Sie wurde plötzlich von Irrsinn befallen und in eine Anstalt gebracht, während ihre Einrichtung in dem Hause verblieb. Bei ihr wohnte damals ein Student der Medizin. Man nimmt nun an, daß dieser sich die Hand zum Zwecke seines Studiums mit nach Hause gebracht und später vergessen hatte.

Durch ein Feuer um das Leben gekommen ist am Montag Abend um 10½ Uhr der Kellner Hoffmann, welcher bei dem Hauseigenthümer und Schankwirth Karl Tritt im zweiten Stockwerk des Quergebäudes Louisenstraße 2 wohnte. Derselbe hatte mit noch zwei Kellnern zusammen bei Tritt eine Schlafstelle inne, ohne bei ihm beschäftigt zu sein. Als er am Montag Abend frühzeitig nach Hause kam, soll er sich zu Bett gelegt und dabei noch eine Cigarre geraucht haben. Kurz darauf brach Feuer in der Schlafstelle aus. Als die Feuerwehr erschien, hatte Tritt dasselbe bereits gelöscht, war aber doch zu spät gekommen, um den schlafenden Kellner noch zu retten: dieser lag erstickt und angekohlt in seinem Bette. Es wird angenommen, daß derselbe beim Rauchen eingeschlafen ist und entweder durch die brennende Cigarre oder durch das angezündete Licht den Brand verursacht hat.

Absturz. Ein Unglücksfall, der leider ein Menschenleben gefordert, trug sich vorgestern Nachmittag gegen 3 Uhr in der in der Chausseestraße belegenen Schwarzkopff'schen Maschinenfabrik zu. Drei in derselben beschäftigte junge Arbeiter hatten um die angegebene Zeit das Dach eines hohen Maschinenschuppens erstiegen, um sich daselbst bei dem schönen warmen Wetter zu „sonnen". Unglücklicherweise gerieth der eine Arbeiter, ein 23jähriger lediger Mann, Namens Ost, auf ein sogenanntes „Oberlicht", brach durch und stürzte aus einer Höhe von 60 Fuß in die Tiefe. Dort schlug er auf eine Maschinenwelle auf und fiel dann mit zerschmetterten Gliedern auf den Fußboden. Hilfe war sofort zur Stelle. Man schaffte den Verunglückten, der noch Lebenszeichen von sich gab, in eine Droschke und jagte dem nächstgelegenen Lazarus-Krankenhause zu. Bei Ankunft daselbst hatte O. aber bereits seinen Geist aufgegeben und mußte die Leiche nach dem Obduktionshause geschafft werden.

Verschwunden ist seit Montag der 23jährige Handlungsdiener Paul Läpke. Derselbe erhielt am Vormittag von seinem Prinzipal, dem Kaufmann R., den Auftrag, von der Reichsbank 3600 M. abzuholen. Läpke hat dies auch gethan, ist aber weder zu seinem Prinzipal, noch in die Wohnung seiner Eltern zurückgekehrt. Das ihm übergebene Geld bestand in 100 Doppelkronen und 16 Einhundert-Markscheinen.

Die „Rückkompagnie" trat in der vorletzten Nacht im Hause Wilhelmstraße 146 in Aktion. In einem der Läden des Hauses hatte seit acht Wochen ein aus England heimgekehrter, unverheiratheter Mann ein Mehl- und Vorkostgeschäft inne, welches aber vom Publikum gänzlich ignorirt wurde, da die für ein derartiges Geschäft nothwendige kundige Frau fehlte. Der Inhaber beschloß daher, mit Hilfe der Rückkompagnie den Schauplatz seines vergeblichen Mühens zu verlassen, und mit geisterhafter Geschwindigkeit hatten die „Retter in der Noth" auch bereits die Rolle und die geringen Waarenvorräthe geborgen, als der Wächter erschien und mit dem alarmirten Vizewirth den weiteren „Auszug" inhibirte. Nachdem schon mit einem gewissen Humor die feierliche Uebergabe der Schlüssel erfolgt und der Wagen mit den geretteten Sachen abgefahren war, erschien plötzlich der Gerückte nochmals auf der Bildfläche — er hatte im Trubel des beschleunigten Auszuges seine Zigarrentasche vergessen. Der Vizewirth war gutmüthig genug, den verlassenen Laden nochmals zu öffnen, und nachdem Miether, Wirth und Wächter sich je eine „Friedenszigarre" angezündet, schied man von einander in größter Gemüthlichkeit.

Haussuchung. Bei einer Anzahl hiesiger Arbeiter haben in den letzten Tagen Haussuchungen nach sozialdemokratischen Schriften stattgefunden. Diese Maßnahmen sollen mit Vorgängen in Stuttgart in Verbindung stehen. Es wird uns gemeldet, daß vorgestern früh gegen ½9 Uhr bei dem Buchbinder Christian Schopper, Alexandrinenstr. 101, eine polizeiliche Durchsuchung von zwei Beamten vorgenommen wurde. Beschlagnahmt wurden mehrere Werke und Privatbriefe. Briefe und Druckschriften wurden zurückgegeben.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Mittags wurde im Landwehr-Kanal, vor dem Grundstück Görlitzer Ufer 21—23, die Leiche einer unbekannten Frau und in der Spree, nahe der Marschallbrücke, die Leiche eines Mannes angeschwemmt. In der Poststraße, am Mühlenwege, fiel zu derselben Zeit ein Kaufmann beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. Als Nachmittags der Maschinenmeister Paethel, der Maschinist Schulz und der Heizer Fleischer in der Viktoria-Brauerei, Lützowstraße 111/112 mit der Revision einer Kondensations-Maschine beschäftigt waren, und zu dem Zwecke die Schraubenmutter von dem Kolbendeckel des Zylinders entfernt hatten, ohne vorher den Dampf abzulassen, wurde der Deckel mit großer Gewalt herausgedrückt. Hierbei erlitten die Genannten durch den ausströmenden Dampf bedeutende Verletzungen. Die ersten beiden mußten nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht werden. — Nachmittags wurden auf einem Grundstück an der Warschauerbrücke und Abends auf dem Grundstück Keithstr. 22 die Leichen zweier neugeborener Kinder aufgefunden. — Der Schlosser Grapp wurde Abends, als er an der Ecke der Rosenthaler- und Linienstraße auf dem Fahrdamm stehen blieb, um ein Fuhrwerk vorüberzulassen, von dem Handpferde desselben gegen den Unterleib geschlagen und dadurch anscheinend innerlich so schwer verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Große Frankfurterstraße 128 fiel zu derselben Zeit eine 66jährige Frau infolge eines Fehltritts zur Erde und brach das Handgelenk. — Im Waschkeller in der Köpenickerstraße 134 fand am 17. d. M. Vormittags ein Feuer statt, welches anscheinend vorsätzlich angelegt worden war. — In dem Hause Schönholzerstraße 16 gerieth Nachmittags der Inhalt eines Wohnzimmers in Brand. Zwei in demselben ohne Aufsicht zurückgelassene Kinder von 4 und 2 Jahren hatten sich in das dahinterliegende Zimmer geflüchtet und unter ein Bett verkrochen, in welchem ein 10 Monate altes Kind schlief, wurden jedoch trotz der Flammen und des sehr starken Qualms von dem Maler Rosentreter und Schmiedemeister Stelzer gerettet. Außerdem fanden Nachmittags und in der darauffolgenden Nacht drei kleine Brände statt.

Theater.

Thomas-Theater. Der Dienstag Abend brachte uns im Thomas-Theater als Première „Der Millionenbauer", Volksstück in 4 Akten von Max Kretzer. Abgesehen von der auf ausgetretenen Pfaden sich bewegenden Handlung bietet das Stück so viel Geschmacklosigkeiten und gänzlich verfehlte Rührszenen, daß ihm nur das flotte Spiel sämmtlicher Darsteller zu einigem Erfolge verhalf. Herr Direktor Thomas als Hans Köpple war von überwältigender Komik und wurde von dem das Haus bis auf den letzten Platz füllenden Publikum mit verdientem Beifall überschüttet.

Gerichts-Zeitung.

Vor der I. Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsraths Denso, begannen gestern im großen Schwurgerichtssaale die Verhandlungen in der Anklage gegen die früheren Direktoren der Aktiengesellschaft „Preußisches Leihhaus", Kaufmann Friedrich Wilhelm Otto Haake und den Referendar a. D. Ludwig David Hoffmann. Die Anklage erstreckte sich über fünf Punkte und beschuldigt: 1. Haake im Jahre 1888 als Mitglied des Vorstandes der Aktiengesellschaft „Preußisches Leihhaus" absichtlich zum Nachtheile der Gesellschaft gehandelt zu haben; 2. Haake und Hoffmann im Jahre 1888 gemeinschaftlich als Mitglieder des Vorstandes in den Darstellungen und Uebersichten über den Vermögensstand der Gesellschaft in der Bilanz pro 1887 die Geschäftslage wissentlich verschleiert zu haben; 3. Haake in den Jahren 1886 und 1887 absichtlich zum Nachtheile der Gesellschaft gehandelt; 4. derselbe im Jahre 1887 die Verhältnisse der Versammlung verschleiert und 5. derselbe im Jahre 1887 als Mitglied des Vorstandes eine der Gesellschaft gehörige Geldsumme sich widerrechtlich angeeignet zu haben. — Die Anklage vertritt Staatsanwalt Unger, die Vertheidigung führen Justizrath Gerth und Rechtsanwalt Munckel. Die Angeklagten erklären sich beide für nichtschuldig. Die Beweiserhebung erstreckt sich zunächst auf den Punkt, ob der Angeklagte Haake es nicht verhindert hat, daß die Gesellschaft länger als drei Monate ohne Aufsichtsrath geblieben ist. Die Aktiengesellschaft „Preußisches Leihhaus" besteht seit dem 14. Oktober 1880, der Angeklagte war von Ende 1885 bis 1888 erster Direktor mit einem Gehalt von 7000 M. und Tantième; im Jahre 1887 ist sein Vertrag auf 5 Jahre verlängert und sein Gehalt auf 10000 M. und Tantième erhöht worden. Kurze Zeit war neben ihm der Angeklagte Hoffmann zweiter Direktor mit 4500 M. Gehalt und Tantième. Der Aufsichtsrath bestand aus den Herren Dr. Ludw. Hoffmann, dem Vater des zweiten Angeklagten, Heinrich Fränkel, Rechtsanwalt Tichauer, Kaufmann Pickardt, Julius Elkan und Dr. Martin Freund. — Zwischen dem Direktor Haake und dem Aufsichtsrathe kam es, als die Aktien von 148 auf 121 zurückgingen, zu Mißhelligkeiten, welche theilweise einen äußerst stürmischen Charakter annahmen. Die Revisionen der Geschäftsleiter wurden immer häufiger und eindringlicher und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Angeklagte Haake behauptet, daß an ihn das Ansinnen gestellt wurde, die Geschäfte nach dem Wunsche einzelner Herren des Aufsichtsraths zu machen. „Ehe ich mit den Herren Samelsohn und Pickardt gehe, will ich lieber ins Zuchthaus gehen!", so erklärt der Angeklagte Haake und deutet damit den Grad der Zerwürfnisse an, welche zwischen ihm und den maßgebenden Persönlichkeiten herrschten. Am 7. Februar 1888 traten die Herren Pickardt, Elkan und Freund zu einer Aufsichtsraths-Sitzung zusammen und beschlossen, die beiden Angeklagten ihrer Direktorenstellung zu entheben und Heinrich Fränkel zum alleinigen Vorstand zu machen. Der Registerrichter erklärte sich aber damit nicht einverstanden, sondern verfügte, daß beide Angeklagte ihre Verpflichtungen zu erfüllen, eine Generalversammlung einzuberufen, die Bilanz vorzulegen habe 2c. Am 23. Februar 1888 erließ der Registerrichter eine zweite Verfügung an Heinrich Fränkel, von welcher den beiden Angeklagten Abschrift mitgetheilt wurde, in welcher die Gründe dargelegt wurden, weshalb dem Gesuche, die beiden Angeklagten als Vorstand zu löschen und Heinrich Fränkel zum alleinigen Vorstand zu machen, nicht stattgegeben werden konnte. Der Registerrichter machte seine Rechtsanschauung dahin geltend, daß I. Hoffmann, Pickardt, Elkan und Freund nur als Ersatzmänner in den Aufsichtsrath gewählt worden seien, der Aufsichtsrath daher nicht mehr beschlußfähig sei, da 2. nach § 18 des revidirten Statuts vom 13. Februar 1886 die Mitglieder des Aufsichtsraths, welche nicht blos als Ersatzmänner figuriren sollten, in ordentlicher Generalversammlung gewählt werden müssen. Aus dieser Kundgebung des Registerrichters ergab sich die Nothwendigkeit der Einberufung einer ordentlichen Generalversammlung zur Wahl eines giltigen Aufsichtsraths, thatsächlich ist aber erst am 1. Juni die Wahl eines Aufsichtsraths zu Stande gekommen. Der Angekl. Haake behauptet, daß ihm dies nicht zur Last zu legen sei, da ihm die Abhaltung einer Generalversammlung ohne sein Verschulden unmöglich gemacht worden sei. Er habe sofort eine Generalversammlung auf den 24. März einberufen, habe dieselbe aber aufheben müssen, weil seitens des Rechtsanwalts Lobe Protest gegen die Rechtsgiltigkeit erhoben worden war. Der Registerrichter hat dann gegen den Angekl. Haake eine Ordnungsstrafe erlassen, diese auch auf 600 M. erhöht und der Angeklagte hat dann eine Generalversammlung einberufen, welche am 30. April unter unglaublichem Tumult stattfand. Der instrumentirende Notar Munckel vermochte nicht seine Pflicht zu erfüllen. Sein Protokoll geht nur bis zur Registrirung eines Antrages des Justizraths Hagen, die Tagesordnung abzuändern und die Wahl des Aufsichtsraths vorzunehmen werden möge; dann zeigt das Protokoll riesige Dintenflecke als Zeichen, daß ein Dintenfaß über das Papier ausgegossen worden war. Thatsächlich war ein furchtbarer Tumult entstanden, man drängte von hinten nach vorn, Apfelsinen flogen als Wurfgeschosse durch die Luft, Knüppel wurden drohend erhoben, ein Stimmengewirr entwickelte sich und plötzlich war der Vorstandstisch, an welchem der Leiter der Generalversammlung, Assessor Schwips und der instrumentirende Notar saßen, umgestürzt, die Dinte ging in großem Strome über das Protokoll und Alles mußte flüchten. — Die Anklage behauptet nun, daß Haake diese Generalversammlung unmöglich gemacht habe. Der ihm bekannte Zeuge Hagemann soll gegen Entschädigung von je 3 M. Personen, namentlich Kellner, deren Namen durch den Sekretär des Gastwirthsvereins, Schröder, erfahren, gedungen haben, faule Apfelsinen und Aepfel sollen gekauft und so alle Vorbereitungen zu einer planmäßigen Ueberrumpelung der Generalversammlung getroffen worden sein. — Der Angekl. Haake bestreitet entschieden, an dem Tumult seinerseits betheiligt gewesen zu sein; dies gehe schon daraus hervor, daß die Wurfgeschosse der faulen Apfelsinen sich vorzugsweise gegen ihn richteten. Der größte Radaumacher sei der Sekretär des Herrn Samelson gewesen, der mit einem großen Knüppel auf ihn losgegangen sei und ihm drohte, denselben auf seinem Schädel entzwei zu schlagen. — An demselben Tage der verunglückten Generalversammlung wandte sich Haake an den Registerrichter, um im Interesse der Aktionäre einen Kurator zu bestellen. Am 7. Mai erließ der Registerrichter eine Verfügung an Haake, zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 600 M. binnen 48 Stunden nachzuweisen, daß er eine General-Versammlung in kürzester Frist, welche nach § 22 der Statuten auf 17 Tage bemessen war, einberufen habe. Am 10. Mai wandte sich Haake wieder an den Registerrichter unter Ueberreichung eines ärztlichen Krankheitsattestes und bat, ihm zu gestatten, die Generalversammlung auf einen späteren Tag anzuberaumen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und am 1. Juni kam dann eine ordnungsmäßige Generalversammlung heraus, in welcher der Aufsichtsrath gewählt wurde. Der Letztere entsetzte den Vorstand seines Amtes und wählte Herrn Coler zum Direktor. — So weit das Thatsächliche bezüglich des ersten Punktes. — Der erste Zeuge ist der Zigarrenfabrikant Scheibelt. Derselbe sagt aus, daß er Aktien der Gesellschaft nicht besessen habe, dagegen durch den Schriftsetzer Gimel aufgefordert sei, gegen Einhändigung von Eintrittskarten, welche der Sekretär des Angeklagten Haake, Herr Müller, ausstellen sollte, aktiv an der Generalversammlung des 30. April Theil zu nehmen. Er sei dann auch in einer Vorversammlung gewesen, welche unter Vorsitz des Assessors Schwips stattgefunden habe. Dort sei die Parole ausgegeben, daß die Generalversammlung gesprengt werden müsse, „weil die Juden das Aktienkapital an sich bringen wollten". Es wurde festgesetzt, daß der Kaufmann Hagemann das Zeichen durch Drehen des Schnurrbartes geben sollte; dann sollte es losgehen und Tische und Stühle umgeworfen werden. Nach diesem Programm sei dann auch verfahren worden und er habe durch Herrn Hagemann 3 Mk. für seine Mitwirkung erhalten. Später habe er sich für die General-Versammlung vom 1. Juni wiederum Herrn Hagemann zur Verfügung gestellt, derselbe habe ihm aber geschrieben, daß er für diesen Fall seiner Hilfe nicht mehr bedürfe, daß es aber immerhin möglich sei, daß sie sich bei anderen Gelegenheiten auf dem Felde der Ehre wiedersehen. — Die Vernehmung des Zeugen Hagemann, welcher aus dem Straf-Gefängniß vorgeführt wird, macht große Schwierigkeiten. Hagemann, welcher bekanntlich zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt und im Gefängniß ganz weiß und fast unkenntlich geworden ist, hat schon in einer Vorvernehmung sein Zeugniß verweigert und sträubt sich auch jetzt gegen jede Auskunft. Er behauptet, daß er bei den Schicksalsschlägen, welche ihn betroffen, das Gedächtniß für andere, als seine persönlichen Angelegenheiten vollständig verloren habe und befürchte, sein Gewissen zu belasten, wenn er irgend welche Aussage machen würde. Er sei so krank, daß er aus dem Gefängniß sicher nicht mehr heraus kommen würde und bitte, ihn von der Aussage zu entbinden. Der Zeuge wurde vom Vorsitzenden und dem Staatsanwalt wiederholt eindringlich zur Wahrheit vermahnt und darauf aufmerksam gemacht, daß es Mittel gebe, ihn zum Zeugniß zu zwingen — er blieb aber dabei, daß er das Gedächtniß für solche Dinge verloren habe. Der Vorsitzende erklärt ihm, daß er diese Ausrede einfach nicht glaube, denn es sei undenkbar, daß er, welcher den Tumult in der Versammlung organisirt und das Geld für die Strohmänner ausgezahlt, auch in Briefwechsel mit Einzelnen getreten war, vollständig die Erinnerung daran verloren habe. Der Staatsanwalt vermahnt den Zeugen nochmals ganz ernstlich und machte denselben darauf aufmerksam, daß er gesagt habe, er werde wohl im Gefängnisse enden, nach seiner heutigen Haltung könnte er aber Gefahr laufen, doch noch anderswo zu enden. Der Zeuge bleibt aber dabei, daß er von den Vorgängen Nichts mehr wisse, auch nicht mehr sich erinnere, ob er selbst Leihhaus-Aktien besessen habe. Der Staatsanwalt beantragt, event. die Aussage dieses Zeugen genau zu protokolliren und der Vorsitzende bestimmt, daß derselbe die nächsten Zeugenaussagen mit anhören und sich die Sache inzwischen noch überlegen solle.

Als Strohmänner, welche der Generalversammlung vom 30. April beigewohnt hatten und durch Hagemann bezahlt worden waren, treten noch mehrere Zeugen auf, aus deren Aussagen hervorgeht, daß in Vorversammlungen gewissermaßen Generalproben für den Unfug abgehalten worden waren. Die Auszahlung von je 3 M. erfolgte durch Hagemann in den Arminhallen. Der Kellner Gustav Hitzigreth hat die faulen Apfelsinen eingekauft und mit in die Versammlung genommen, ohne jedoch damit in Aktion zu treten. Der Kellner Franz Hilliger hat gleichfalls als Strohmann à 3 M. mitgewirkt, weiß aber nicht, von welcher Seite aus der Tumult entstanden ist. Der Schriftsetzer Gimel, welcher andere Strohmänner eingeladen hat, ist von Hagemann veranlaßt worden, an der Versammlung Theil zu nehmen. Er will eigentlich nur aus Neugierde hingegangen sein und aus den Vorversammlungen den Eindruck empfangen haben, daß es sich um einen antisemitischen Unfug handele, denn es sei viel davon gesprochen worden, daß die Juden den Christen Haake verdrängen wollten. In der Generalversammlung selbst seien auch sehr viele Juden anwesend gewesen, welche ihrerseits auch sehr zu dem allgemeinen Tumult beigetragen haben. — Die übrigen als Zeugen geladenen Strohmänner, Pyrotechniker Ernst Bonander, Kellner August Eschbach, und so weiter bestätigen, daß sie sämmtlich auf ergangene Einladung, ohne recht zu wissen weshalb, der Generalversammlung beigewohnt und dafür 3 M. Entschädigung durch Hagemann erhalten haben. Sie haben sämmtlich keine Aktien besessen und den Zutritt auf einfache Einladungskarten hin erhalten, welche der Zeuge Hagemann zum Theil vorn an der Thür kontrollirte. — Der Bureauvorsteher des Gastwirthsvereins, Hr. Schröder, bekundet, daß sich der Zeuge Hagemann eines Tages bei ihm eingefunden und sich die Adressen von 8—10 ordentlichen Leuten erbeten habe, um dieselben zu Wahlzwecken zu verwenden. Der Zeuge hat diese Adresse auch gegeben, da er von dem wirklichen Zweck keine Ahnung hatte. Hagemann, wieder vorgerufen, erklärt wiederholt, daß er sich auf Einzelheiten gar nicht einlassen könne, da er zu krank und gedächtnißschwach sei und befürchten müsse, daß er später wegen fahrlässigen Zeugnisses verfolgt werden könnte. — Der pensionirte Bezirks-Feldwebel Moritz Müller, welcher eine Zeit lang bei dem Preußischen Leihhaus beschäftigt war, hat in der Generalversammlung die Präsenzliste geführt. Er erklärt, er sei aus seiner Stellung „abgegangen worden", weil Rache an ihm geübt werden sollte. Man habe deshalb eine Geschichte erfunden, wonach der Angeklagte Haake Brillanten gestohlen haben und er selbst der Hehler gewesen sein sollte. Der Zeuge versichert, daß er die Präsenzliste genau nach den für die einzelnen Personen angemeldeten Aktien geführt habe. — Der Prokurist Karl Riemer, welcher s. Z. den Haake erfolglos denunzirt hat, einen großen Geldbetrag widerrechtlich aus der Kasse sich zugeeignet zu haben, bekundet, daß er vor der Generalversammlung am 1. Juni mißtrauisch geworden war, daß die Aktienliste falsch geführt würde. Er habe aber vergeblich von dem Zeugen

Müller die Herausgabe der Liste verlangt, dieser aber habe sie ihm verweigert mit der Motivirung, daß der Direktor Haake dies entschieden verboten habe. Erst als ihm seine Entlassung angedroht wurde, habe Herr Müller die Liste herausgerückt und da habe sich herausgestellt, daß in dieser Liste der angemeldeten Aktien eine Schwester des Angeklagten Haake und ein Herr Däger fälschlich mit großen Aktiensummen aufgeführt war. — Angekl. Haake behauptet, daß diese falsche Angabe in der Liste nur ein Fühler sein sollte, um einmal den Zeugen Riemer, den er für einen Spion seiner Feinde hielt, dabei festzunageln, daß er thatsächlich sofort böse Anschuldigungen über ihn verbreitete. — Letztere Variante wird von einem anderen Zeugen bestätigt. — Zeuge Julius Pickardt, Mitglied des Aufsichtsraths war von dem Angeklagten dafür angerufen worden, daß er dem letzteren einmal die Versicherung gegeben habe, der Aufsichtsrath habe gegen seine Geschäftsleitung gar nichts, nur solle er den Angeklagten Hofmann und den Rechtsanwalt Tichauer fallen lassen. Herr Pickardt bestätigt dies im Allgemeinen mit dem Hinweise, daß damals gegen Haake auch noch nichts vorlag. — Zeuge Elkan soll ähnliche Aeußerungen des Vertrauens zu Haake gemacht haben, weiß sich solcher aber nicht mehr zu erinnern. — Rechtsanwalt Tichauer bestätigt zum Schlusse der Beweisführung über den ersten Anklagepunkt, daß er seinerseits dem Angeklagten Haake zu verstehen gegeben, daß er die Ansicht des Registerrichters bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsraths nicht für richtig erachte.

In dem Anklagefall, in welchem dem Haake eine Untreue zur Last gelegt wird, handelt es sich darum, daß er einem ihm befreundeten Mann, von dessen übler Finanzlage er nach der Behauptung der Anklage unterrichtet war, 4100 M. aus der Kasse des Preußischen Leihhauses ohne alle Sicherheit gegen 8 pCt. Zinsen auf Wechsel geliehen und dafür die werthlosen Wechsel des überschuldeten Mannes in den Tresor der Gesellschaft gelegt hat. Der betr. Mann ist dann in Vermögensverfall gerathen, er hat nach und nach von dem Angeklagten Haake das Recht auf Abschlagszahlungen zugesichert erhalten, aber nur eine einzige Abschlagszahlung leisten können. Das Preußische Leihhaus ist dadurch — abgesehen von Zinsen und Kosten um 3700 Mark geschädigt worden. Der Angeklagte bestreitet die Untreue, da er das Geschäft keineswegs als ein persönliches Darlehnsgeschäft, sondern als ein Geschäft der Gesellschaft abgeschlossen habe und auch berechtigt war, anzunehmen, daß der Darlehnsnehmer zahlungsfähig war. Letzterer, als Zeuge vernommen, bestätigt dies und der Mitangeklagte giebt zu, daß er vor Abschluß des Geschäfts darum befragt worden sei.

Alsdann kommt der als Unterschlagung einer Summe von 6500 Mark und Untreue aufgefaßte Fall zur Verhandlung. Der im Jahre 1887 wegen Begehung strafbarer Handlungen flüchtig gewordene Juwelier L. Hermann hatte Anfangs 1887 verschiedene Goldsachen und Brillanten beim Preußischen Leihhause verpfändet und zwar hatte er auf 9 Pfandscheine Darlehne im Gesammtwerthe von 10 900 M. erhalten. Diese Pfandscheine wurden etwa Anfang Juni 1888 in Hamburg durch einen gewissen Joseph Weinberg dem Auktionator Emil Mühlenpfort daselbst zum Kaufe angeboten. Dieser ließ durch den dem Angekl. Haake bekannten Agenten Petersen über den Verkaufswerth der gedachten Pfandscheine Erkundigungen einziehen und Haake gab auf eine bezügliche Anfrage die Auskunft, daß er für die Pfandscheine 1500 M. zahlen könne und dann an den Juwelen noch einige 1000 M. Nutzen haben würde. Da nun diese Juwelen mit einem Taxwerth von 16 000 M. eingeschätzt waren, trug Mühlenpfort kein Bedenken, dieselben für 1500 M. zu kaufen, er löste dieselben in Berlin gegen Zahlung des Pfandschillings von 10 900 M. und 200 M. Zinsen ein und hat im Ganzen dafür etwa 12 600 M. verausgabt. Als Mühlenpfort nach Hamburg zurückkehrte und die Pretiosen durch drei Juweliere schätzen ließ, wurde ihr Werth nur auf 7500 M. festgestellt. Mühlenpfort veranlaßte deshalb den Petersen, sich nach Berlin zum Direktor Haacke zu begeben und diesen um Aufklärung zu bitten. Petersen traf nur den Angeklagten Hoffmann und den Kaufmann Moritz Guttmann an, und nachdem er die Sachlage vorgetragen, meinte Hoffmann, er wolle dafür sorgen, daß die Juwelen wieder zu demselben Betrage versetzt würden wie vorher. Jedenfalls solle Petersen die Pretiosen nur an Haake einsenden, welcher sie schon so verwerthen würde, daß Mühlenpfort noch einen kleinen Nutzen haben würde. In einem vorliegenden Briefe des Petersen heißt es, daß Haake die Sachen bestens verwerthen und den Verkauf so leiten möge, daß er keinen Schaden erleide. Von einer Ermächtigung, die Sachen wieder zu versetzen, ist in diesem Briefe nichts enthalten. Trotzdem hat Haake einen Theil der von ihm von Petersen übersandten Pretiosen bei dem Preußischen Leihhause für 6500 M. auf 4 Pfandscheine versetzt. Die Summe von 6500 M. entnahm Haake nach Anschauung der Anklage rechtswidrig der von ihm verwalteten Kasse des Preußischen Leihhauses und sandte sie nebst den 4 Pfandscheinen an Mühlenpfort nach Hamburg. Petersen hat später die 4 Pfandscheine dem Haake auf sein Verlangen durch Vermittlung des Guttmann zugesandt, ihr Verbleib ist nicht festgestellt. Die Pfänder sind nicht eingelöst worden, dieselben mußten vielmehr, nachdem sie verfallen und Haake als Direktor abgesetzt worden war, versteigert werden und das Leihhaus hat sie Mangels annehmbarer Gebote für nur 2300 M. erwerben müssen. — Die übrigen von Petersen erhaltenen Pretiosen will Haake unter der Hand verkauft haben und derselbe hat 5098 Mark als Erlös an Petersen eingesandt. Mühlenpfort hat unter Hinzurechnung der ersten 6500 M. also im Ganzen 11 598 M. erhalten und da er 12 600 M. dafür gezahlt hat, beziffert sich also sein Verlust auf 1002 M. — Der Angeklagte behauptet, daß er direkt den Auftrag zum Versetzen der Pretiosen und nicht zum Verkaufen gehabt habe. — Die für 6500 M. versetzten Pfänder hat der beim Leihhause angestellte Taxator Arnold, welcher dieselben bei dem Versatze weit höher taxirt hatte, nachträglich nur auf 4755 M. geschätzt. Der Zeuge Arnold behauptet — unter lebhaften Widerspruch des Direktors Coler — daß er unter der neuen Direktion geradezu gezwungen worden sei, eine niedrigere Taxe abzugeben. Bei verschlossenen Thüren habe man ihn gezwungen, Aussagen gegen Haake zu machen. — Die Zeugen Petersen und Mühlenpfordt bleiben dabei, daß die Pretiosen nicht versetzt, sondern verkauft werden sollten. — Direktor Coler bekundet, daß das Preußische Leihhaus wegen des ihm aus dem Geschäft entstandenen Schadens von 4000 M. nebst Zinsen den Zeugen Mühlenpfordt verklagt, die Klage aber zurückgenommen habe, nachdem sich durch die Beweisaufnahme ergeben hatte, daß ein Pfand-Darlehnsgeschäft zwischen M. und dem Preußischen Leihhause gar nicht zu Stande gekommen war.

Um 5 Uhr wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Arbeiterbewegung.

Bochum, 18. März. Da die Verwaltung der Zeche „Trappe" angekündigt hat, daß alle Bergleute, die bis jetzt nicht die Arbeit aufgenommen hätten, als entlassen betrachtet würden, soll seitens der Bergleute des Ruhrreviers ein Unterstützungs-Komitee gebildet werden, welches den entlassenen Bergleuten Existenzmittel gewährt, bis sie anderweitig Arbeit gefunden haben.

Reden, Saarrevier, 16. März. Heute Morgen 8 Uhr hat sich die Wetterführung (Ventilator) als schadhaft erwiesen, da sie die Wetter nicht mehr anzog. Es wurde den Bergleuten das Schießen sofort verboten. Um 10 oder ½11 Uhr wurde die Steigerabtheilung Diversy angewiesen, die Grube zu verlassen. Wie ich eben erfahre, haben auch 5 andere Steigerabtheilungen die Grube verlassen müssen. Man versicherte den Bergleuten, der Schaden werde sobald beseitigt sein, daß morgen der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Lausanne, 17. März. Nachdem jüngst die Schreiner in Lausanne und die Maurer in Montreux die Arbeit eingestellt haben, sind, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.", seit heute die Kaminfeger im ganzen Kanton Waadt ausständig.

Brüssel, 17. März. Der Ausstand der Kohlenarbeiter in Flénu nimmt zu. Heute standen weitere 500 Mann aus.

Soziale Uebersicht.

Achtung. An die Gewerkschaften Berlins! Die Endes unterzeichnete Kommission der streikenden Vergolder Berlins ersucht die Delegirten, welche in der Präsenzliste der Berliner Gewerkschaften der Streik-Kontrollkommission eingetragen sind und denen zur Zeit Sammellisten zugeschickt wurden, doch davon den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Der Streik besteht unverändert fort, und bitten wir, die Listen so schnell als möglich an die unterzeichnete Kommission gelangen zu lassen.

Mit Gruß Die Streikkommission der Vergolder.
E. Köpnik, Schillingstr. 30a.

Zur Ergänzung der Berichtigung der Streikkommission der Vergolder in Nr. 60 unseres Blattes schreibt uns ein Vergolder: „Ich war bei Aug. Werkmeister vom 1. Oktober 1890 bis 10. Dezember 1890 als Versilberer beschäftigt und mußte aufhören, weil ich nicht billiger arbeiten wollte. Ich streikte also mit 18 Kollegen, bis ich am 8. Januar 1891 bei Ruthenberg Arbeit bekam. Da dachte ich, nun bist du ja gesichert, weil ich nämlich schon einmal 2 Jahre da gearbeitet habe. Die Freude sollte aber nicht lange dauern, denn schon am 22. Januar erhielt Ruthenberg einen Brief von Aug. Werkmeister, worin derselbe ihm mittheilte, daß ich ein Streikender von ihm sei, und er möchte mich deshalb entlassen, was Ruthenberg auch that.

Nun spricht Aug. Werkmeister noch: „die Leute wollen nicht arbeiten", und dabei bringt er sie außer Arbeit. Adolf Andersson, Höchstestr. 8."

Halle, den 16. März. Der Streik der Former bei Heyland u. Ungnade dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten. Die Streik-Kommission der Former in Halle a. S.

Duisburg, den 15. März. Auch hier dünkt sich das Kapital allmächtig, wovon wir in Folgendem ein Beispiel geben wollen. In einer am 7. Februar stattgefundenen Versammlung des hiesigen Getreideträger-Unterstützungsvereins wurde beschlossen, anstatt der bisher üblichen 14 stündigen Arbeitszeit eine 10 stündige einzuführen. Dieser Beschluß wurde den Speditionsfirmen unterbreitet, die sich dann auch bereit erklärten. So wurde mit dem 10 stündigen Arbeitstag am 16. Februar begonnen. Nachdem drei Wochen unter der verkürzten Arbeitszeit gearbeitet war, stellte der Unterstützungsverein der Getreideträger am 1. März an die Speditionsfirmen das Ersuchen, die Löhne wieder nach den von 1867—1878 gezahlten Löhnen zu reguliren; mit Ausnahme von zwei Firmen bewilligten die übrigen sofort und nach einem halben Tag der Arbeitsruhe gaben auch die beiden vorerwähnten Firmen nach. In nicht geringes Erstaunen wurden aber die Arbeiter versetzt, als ihnen am Sonnabend, den 14. März, plötzlich eröffnet wurde, sie seien sämmtlich entlassen, oder sie müßten zu dem früheren Lohne weiter arbeiten. Da der Lohn aber seit dem Jahre 1878 soweit zurückgegangen ist, daß ihre Stellung ohnehin keine angenehme ist und da sie die einmal errungene Verkürzung der Arbeitszeit nicht aufgeben wollen, so setzten sie die Arbeit zu dem erniedrigten Lohne nicht fort. Es befinden sich über 140 Arbeiter im Ausstande. Sie sind nicht gewillt, das einmal von ihnen Errungene aufzugeben, obschon ihnen die Firma Heuser einen Brief vorgelesen hat, wonach ihr aus Königsberg zu einem noch niedrigeren Arbeitslohne Arbeiter genügend zur Verfügung stehen. Die hiesigen Arbeiter bitten die Kollegen allerorts, den Zuzug nach hier fernzuhalten, dann werden wir siegen. Die Kommission der Gewerkschaften Duisburgs. J. A. Johann Schmitz, Hundsgasse 7.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Auskunft ertheilt der Obige.

Versammlungen.

Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 9. d. Mts. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem Genosse Bombin seinen Vortrag über den „Beruf der Gewerkschafts-Organisation" gehalten, forderte der Vorsitzende zu reger Agitation zu der am 15. März stattfindenden Metallarbeiter-Versammlung auf. Nun, diese Versammlung hat stattgefunden und nach einstimmiger Annahme der Resolution in dieser Versammlung sind wir verpflichtet, unsere den Verhältnissen nicht mehr entsprechende Organisation aufzulösen und damit einem berechtigten Verlangen aller aufgeklärten Genossen nachzukommen. Kollegen! wir geben Euch aber zu bedenken, daß die jetzt bestehenden Fachorganisationen noch Verpflichtungen haben, welche zu erfüllen Ehrensache derselben gegenüber der neugegründeten Organisation sein muß. Dessen sollte sich jeder Kollege bewußt sein und danach handeln. Leider ist es nicht der Fall. Würde es sonst vorkommen, daß die Fachversammlungen jetzt so miserabel besucht und die Beiträge so schlecht bezahlt werden? Es soll zugegeben werden, daß bei der jetzigen Arbeitslosigkeit viele Kollegen nicht im Stande sind, ihre Beiträge zu entrichten, aber müßten die Kollegen den Vorstand nicht davon in Kenntniß setzen? Glauben sie, der Vorstand könne das bei jedem einzelnen wissen, oder ist er vielleicht verpflichtet, persönlich oder schriftlich bei jedem der Herren Kollegen anzufragen, ob dieselben ihre Beiträge bezahlen können, und dadurch die Arbeit und Verwaltungskosten noch zu erhöhen? Oder soll der Vorstand das etwaige Defizit aus seiner Tasche bezahlen? Oder sollen wir ein Defizit als greifbares Zeichen unseres so viel gerühmten Solidaritätsgefühls mit in die neue Vereinigung bringen? Nein, das kann Euer Ernst nicht sein! Deshalb erwarten wir, daß alle Kollegen in der nächsten Versammlung am Montag, den 23. März, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75, durch Anwesenheit glänzen, ihren Verpflichtungen nachkommen und damit beweisen, daß sie den Ernst der Situation begriffen haben. Kollegen! Können die Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter es wagen, der neuen Vereinigung beizutreten, wenn sie durch Lässigkeit und Gleichgiltigkeit in die Lage kommen, ihre Schulden nicht zu bezahlen? Können wir als Gleichberechtigte auftreten, können wir Forderungen und Anträge stellen, wenn wir befürchten müssen, man ruft uns mit Recht zu: Bezahlt erst Eure Schulden? Sind wir berechtigt, Rechte zu verlangen, wenn wir unsere Pflichten nicht erfüllen? Nein und abermals nein!

Deshalb Kollegen! zeigt, daß Ihr nicht gewillt seid, den § 4 unseres Statuts gegen Euch in Anwendung bringen zu lassen, liefert den Beweis, daß Ihr als vollberechtigte Mitglieder dem neugegründeten „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigter Arbeiter" beitreten wollt, durch Euer Erscheinen in den letzten nothwendigen Versammlungen des Fachvereins und durch pünktliche Entrichtung der Beiträge!

Eine öffentliche Versammlung der Kupferschmiede fand am 14. März statt. Herr Peus hielt einen Vortrag über „Solidarität", in welchem er den Nutzen der Fachorganisation klarlegte. Redner vertrat die Ansicht, daß man die Fachorganisationen nicht lediglich als Streikvereinigungen betrachten dürfe. Sie seien hauptsächlich dazu da, die Arbeiter zu bilden. Großer Werth sei dabei auf die Verbreitung der theoretischen Erkenntniß der heutigen Wirthschaftsweise zu legen. Betreffs der Agitation bemerkt Redner, man solle Leute, die sich nicht gleich der Arbeiterbewegung anschließen, nicht beschimpfen, sondern sie zu belehren suchen, denn im Grunde genommen sei es nicht Böswilligkeit, wenigstens in den weitaus meisten Fällen, welche diese Leute vom Anschluß an die Bewegung abhalte, sondern Mangel an Einsicht in die Verhältnisse. Gelinge es durchaus nicht, jemanden zu belehren, so lasse man ihn unbeachtet seinen Weg weitergehen. Redner ersuchte die Anwesenden, sich durch den verloren gegangenen Streik vom vergangenen Jahre nicht entmuthigen zu lassen, sondern sich alle der bestehenden Vereinigung anzuschließen, um sich zu neuen Kämpfen zu stärken. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit Beifall aufgenommen. Zur Diskussion sprach Herr Hübsch. Nach dem Schlußwort des Referenten erstattete Herr Kassadelli Bericht über den Stand des Unterstützungsfonds. Danach betrug bis November 1890 die Einnahme 944,56 Mark und die Ausgabe 904,56 Mark, blieb ein Bestand von 40 Mark. Vom November 1890 bis jetzt betrug die Einnahme ausschließlich des Bestandes vom November 441,86 Mk. und die Ausgabe 354,82 Mk., bleibt ein Bestand von 87,04 Mk. Dazu die 40 Mk. Bestand von der November-Abrechnung ergiebt einen Gesammtbestand von 127,04 Mk. Im Ganzen betrug die Einnahme seit Beendigung des Streiks 1886,42 Mk. und die Ausgabe 1259,38 Mk. Von den während des Streiks geborgten Geldern sind noch 1100 Mark zurückzuzahlen. Redner bedauert, daß so viele Kollegen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind und die 10 Mk., welche laut Beschluß einer Versammlung jeder verpflichtet war, zur Deckung der Schulden zu zahlen, der Kommission noch nicht überwiesen haben. Es wurden hierauf zur Prüfung der Abrechnung die Herren Zamzow, Bergemann und Müller gewählt. Die Herren Ladner und Kassadelli erstatteten den Bericht über die bisherige Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. Sie waren der Meinung, daß dieselbe bis jetzt nichts Ersprießliches geleistet habe und wohl auch nicht leisten werde. Nach kurzer Debatte ließ sich Herr Ladner dazu bewegen, Mitglied der Berliner Streik-Kontrollkommission zu bleiben, während Herr Kassadelli ausschied. Es waren mittlerweile verschiedene Anträge eingegangen, welche eine Regelung der Aufbringung des Geldes zur Deckung der Schulden vom Streik und von Geld für die ausgesperrten Arbeiter Deutschlands bezweckten. Diese Anträge riefen eine äußerst lebhafte Debatte hervor, in deren Verlauf durch das Hineinbringen von persönlichen Anzapfungen und durch das Benehmen eines der Anwesenden eine derartige Störung eintrat, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß.

In dem Verein „Deutscher Bund für Bodenbesitzreform" hielt vorgestern Abend der Abgeordnete Dr. Harmening einen öffentlichen Vortrag über die Bestrebungen dieser Vereinigung und begründete Zweck und Ziele derselben in den Hauptzügen seiner Rede nach dem Flürscheim'schen Schema. Er anerkannte, daß die Sozialdemokratie die soziale Frage vor das öffentliche Forum gebracht, geschaffen sei dieselbe jedoch aus der Noth der Zeit (!!) und nicht allein in dem Begriff der Arbeiterbewegung erschöpft (?) Die Anhäufung des Besitzes in wenigen Händen sei gleichbedeutend mit dem steten Herabsinken des Mittelstandes zum Proletariat (!!!)

Redner hielt seinem Fraktionsgenossen, Herrn Dr. Max Hirsch, der jüngst im Rosenthaler Bezirksverein mächtig gegen die Bodenreform gedonnert hat (!) zum Trotz, die letztere für das beste Mittel zu Lösung der sozialen Frage; sollte es sich jedoch nicht ausreichend erweisen (— —), dann wäre er (nach Einführung derselben) bereit, weitere Maßnahmen zu prüfen (ob seine Genossen diese ehrliche Prüfung wohl mitmachen würden ??? D. Ref.); aber im Bodenreform-Staate müsse die manchesterliche Theorie die einzig richtige sein (sic!). Seine Ausführungen deckten sich mit der Flürscheim'schen Theorie, die ja den Genossen genügend bekannt sein wird.

Nach einigem Phrasengeklingel des Vorsitzenden, der es nicht unterlassen konnte, den soeben vom Vortragenden ad absurdum geführten Dr. Hirsch ein wenig Weihrauch zu streuen (— —), begann eine recht lebhafte Debatte, die von freisinniger Seite viel Ueberflüssiges, viel Unsinn und wenig Gründliches zur Sache brachte.

Von sozialistischer Seite wurde sehr treffend auf die Selbstständigkeit und das klare Zielbewußtsein der Arbeiterpartei verwiesen, welche ihre Sache allein zu führen durchaus stark genug sei; sowie darauf, daß die Bodenbesitz-Reform sowohl dem bestehenden reaktionären Staate (!) wie auch der Sozialdemokratie ein Zugeständniß mache und daß das Grund- und Bodenmonopol doch unter diesem Staate sehr gemeingefährlich werden dürfe. —

Herr Harmening erwiderte allen Rednern von seinem Standpunkt, nur verlor er in der Debatte etwas von der Objektivität, die seinen Vortrag auszeichnete.

Eine Resolution des Inhalts, „daß die Bestrebungen des Deutschen Bundes für Bodenbesitz-Reform in jedem politischen Parteiprogramm aufgenommen werden könnten", wurde mit allen gegen sieben (mehr Sozialisten mögen kaum anwesend gewesen sein. D. Ref.) Stimmen angenommen.

Das sozialistische Programm hat eine solche Aufbesserung allerdings nicht nöthig, denn dasselbe erstrebte die Verstaatlichung des Grund und Bodens längst.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 10. d. M., eine Versammlung ab, die nur schwach besucht war. Kollege Gerisch hielt ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über: Lassalle, ein Lebensbild. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenem fragt Kollege Becker an, wie es sich mit der Arbeitsniederlegung in der Fabrik von Weber, Schönhauser Allee, verhalte, worauf Kollege Gerisch erwidert, daß dort 4 Kollegen die Arbeit niederlegten, jedoch selbst erklärten, daß eine Sperre nicht aufrecht zu erhalten sei und sie auch selber auf Wiedereinstellung verzichten; diese Angelegenheit hätte für uns daher weiter kein Interesse. Kollege Unger regt die Frage der Maifeier an, ist aber der Meinung, daß eine allgemeine Arbeitsruhe, wie sie der 6. Wahlverein beschlossen hat, vollständig verfehlt sei. Kollege Gerisch erwidert, daß der Verein sich bereits in der beschließenden Versammlung am 15. Februar mit dieser Frage beschäftigt, jedoch beschlossen habe, die Entscheidung darüber der ganzen Metallarbeiterschaft Berlins, welche sich jetzt zu einem einzigen Verein zusammenschließen, zu überlassen. Redner ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Arbeitsruhe, wie sie im vorigen Jahre stattfand, nach den üblen Erfahrungen, die die Metallarbeiter gemacht haben, in diesem Jahre nicht in Betracht kommen kann. Kollege Becker wundert sich darüber, daß verschiedene Versammlungen sich herausgenommen haben, ein Ruhenlassen der Arbeit zu beschließen und dabei vielfach die Ansicht verfochten wurde, der Pariser Kongreß habe dieses beschlossen. Er könne als Delegirter der Berliner Metallarbeiter sich nicht entsinnen, daß ein derartiger Beschluß gefaßt ist, er behaupte vielmehr, daß es nicht der Fall sei, vielmehr nur eine Demonstration, deren Ausführung den einzelnen Völkern überlassen blieb. Es komme ihm so vor, als ob einzelne Personen jene Unwahrheit wissentlich verbreiten, deshalb möge jeder, wo er diese Ansicht vertreten hört, ihr energisch entgegentreten. Im Uebrigen sei es nur logisch, wenn nicht der Metallarbeiter-Verein darüber beschließt, sondern dieses der ganzen Metallarbeiterschaft nach Bildung der neuen Organisation überlassen bleibt. Nachdem noch die Kollegen Unger, Fricke und Dunipf gesprochen hatten, erklärte die Versammlung sich damit einverstanden.

Die Steinbildhauer (Innungsgesellen) hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung im Restaurant Königshof, Bülowstraße, ab. Wegen des Nichterscheinens einiger auf der Kandidatenliste zum Gesellenausschuß stehenden Kollegen wurd

der zweite Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, zuerst verhandelt. Der Vorsitzende, Herr Scherz, theilte mit, daß die Innungsmeister auf den Vorschlag des Gesellenausschusses, auf jedem Werkplatz eine Kommission zur Festsetzung der Preise und Aufstellung der Berechnungen zu ernennen, welche mit den Prinzipalen zu verhandeln hätte, **nicht eingehen könnten**, vielmehr den Gesellen anheim stellen, mit diesem Amt zunächst den Altgesellen des Platzes zu betrauen, welcher dann mit dem Polier und endlich mit dem Chef in die Verhandlung eintreten könne, als letzte Instanz aber sei die Innung der Meister da, um jeden Streit zu schlichten. Mit einer **Kommission** könne man nicht verhandeln, es solle nur der vorgeschlagene Instanzenweg eingehalten werden, so werde alles zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt werden. Gegen diesen Bescheid wurde lebhaft Protest erhoben, da man der Meinung ist, daß von einem Innungsbeschluß der Meister Ersprießliches für die Gesellen nicht zu erwarten sei. Dieser Protest fand namentlich nach der nun folgenden Wahl des Ausschusses, nach welcher die Debatte fortgesetzt wurde, lebhaften Ausdruck. Bezeichnend war es, daß die Vertreter der Prinzipale, wohl in der Voraussetzung, daß eine heftige Debatte folgen würde, **inzwischen die Versammlung verlassen hatten!** — In den Ausschuß wurden die Kollegen Landgraf, Aleke, Scherz, L. Schmidt, Ettschich, Kunath und Losinsky gewählt.

Die Diskussion über Gewerkschaftliches wird hierauf fortgesetzt. Die Unterstützung eines invaliden Kollegen ruft eine lange Debatte hervor. Man ist der Meinung, daß der im Dienst der Unternehmer halb arbeitsunfähig gewordene Kollege, soweit er noch arbeitsfähig, von den Unternehmern unterstützt werden müsse, wenn er auch langsam arbeite, so könne er sich doch immer noch durchhelfen. Der Vertreter der Firma Zeidler u. Wimmel erklärt, er würde eine Anfrage nach Bunzlau richten, **in wie weit der Halbinvalide sich an der dortigen Streikbewegung betheiligt habe**, und erst dann könne eine Erklärung abgegeben werden, ob der Betreffende eingestellt werden könne. Es wird beschlossen, daß auch der Gesellenausschuß nach Bunzlau schreiben soll, um keine einseitige Antwort zu erhalten. Inzwischen werden dem Betreffenden pro Tag 2 M. Unterstützung gezahlt.

Es wird dann lebhaft dafür eingetreten, daß der Revers gegen das Koalitionsrecht von den Innungsmeistern endgiltig zurückgezogen werde, und der Ausschuß beauftragt, eine bestimmte Antwort von den Meistern zu fordern. Ebenso bildet die Abschaffung der zu geringen Theilzahlungen bei größeren Akkordarbeiten einen Gegenstand lebhafter Erörterung. Es wird Zahlung in Höhe des Minimallohnes an jedem Sonnabend verlangt. Charakteristisch war die von den Prinzipalen an ein Mitglied des Ausschusses bei einer Vorstellung von Mißständen abgegebenen Erklärung: „**Die öffentliche Meinung geht uns gar nichts an!**" Das Submissionsunwesen wird treffend gegeißelt, sowie noch ein Beschluß gefaßt, zur Stellungnahme der Unterstützung von Arbeitslosen eine öffentliche Versammlung einzuberufen, für den Fachverein zu agitiren, und mit einem **Hoch auf die Sozialdemokratie** wird die zahlreich besuchte Versammlung von **Innungsgesellen** geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen fand Montag Abend in Rixdorf unter dem Vorsitz des Herrn Skarnowitz statt. Auf der Tagesordnung stand Stellungnahme zu dem demnächst stattfindenden Textilarbeiter- und -Arbeiterinnen-Kongreß in Pößneck, worüber Herr Alphons Beyer aus Kottbus ein Referat halten wollte, sowie eventuell Wahl eines Delegirten. Bevor der Referent das Wort erhielt, beantragte ein Genosse zunächst die Wahl eines Delegirten zu vollziehen, da man nach den bisherigen Vorgängen in Rixdorf nicht wissen könne, welchen Verlauf die heutige Versammlung nehmen werde und damit man schlimmstenfalls wenigstens einen Delegirten gewählt habe. Nachdem jedoch dem entgegen gehalten war, daß man doch vorher erst sich klar werden müsse, ob der Kongreß überhaupt beschickt werden solle, worüber der Referent sich ja aussprechen wolle, wurde von dem Vorschlag abgesehen, und es erhielt der Referent zu seinem Vortrage das Wort, in welchem er ausführte:

Ein Bild von der Lage der Textilarbeiter würde ein so trauriges werden, daß man wohl am Besten thue, wenn man darauf verzichte. Die Verhältnisse in der Textilindustrie seien für die Arbeiter so erbärmliche, daß dieselben gar nicht mehr tiefer herabgedrückt werden könnten. — Redner schildert hierbei die bekannte jämmerliche Lage der hungernden Weber im Eulengebirge. Zwar wäre es nicht in ganz Deutschland so schlecht, doch im sächsischen Erzgebirge und in verschiedenen anderen Gegenden stehe es nur sehr wenig besser. Eine Besserung auf dem Wege der gewerkschaftlichen Organisation halte er für unmöglich. Trotzdem kämen die Textilarbeiter noch einmal in Pößneck zusammen, um sich von dort nochmals mit den Erwägungen über die Besserstellung ihrer Lage zu beschäftigen. Es würden sich dort zwei Richtungen gegenüberstehen, die einen, welche die Ansicht vertreten, eine gewerkschaftliche Organisation könne ihnen keinen Nutzen mehr bringen, und die anderen, die doch noch einen Versuch machen möchten.

Wie schlecht es aber in ihrem Berufe stehe, könne man daraus ersehen, daß in Kottbus, wo früher in besseren Zeiten etwa 1200 Textilarbeiter organisirt waren, jetzt kaum noch 100 Mann im Fachverein als Mitglieder zählen. Spremberg könne trotz seiner großen Industrie keinen Delegirten senden, es habe Kottbus mit der Vertretung beauftragt, gleichzeitig jedoch wegen mangelnder Mittel es ablehnen müssen, etwas zu den Unkosten beizusteuern. Man sehe daraus eben, wie schwer es fallen würde, Mittel aufzubringen, und eine Organisation ohne Mittel habe keine Aussicht auf irgend welche Erfolge. Redner geht nun auf die Tagesordnung des Kongresses näher ein, wobei er u. A. länger bei der Fachpresse verweilt, die er ebenfalls als die denkbar schlechtest bestellte gegenüber allen anderen Gewerkschaften bezeichnet. Wenig Erfolg verspricht sich Redner auch von der geplanten Einführung von Arbeiter-Kontrollmarken, durch welche die Arbeiter Deutschlands die Unternehmer zwingen sollen, ihren Arbeitern bessere Löhne zu zahlen. Dies sei äußerst schwierig durchzuführen, es könnte ja schließlich für einzelne Branchen etwas erreicht werden, im Allgemeinen werde es sich aber nicht ausführen lassen. Zu berücksichtigen sei auch der Weltverkehr, der kaum in einem Industriezweige eine solche Ausdehnung erreicht habe, als in der Textilindustrie. Zum Schluß empfiehlt Redner, auf alle Fälle den Kongreß zu beschicken.

Nachdem auch in der Diskussion sämmtliche Redner für eine Beschickung des Kongresses eingetreten waren, wurde demgemäß beschlossen und Herr Schnittler zum Delegirten gewählt. Ferner wurden vier Mann gewählt: Weise, Stübner, Neischock, Kellner, welchen die Aufgabe zufällt, die Unkosten aufzubringen, welche für den Delegirten einschließlich der Reisekosten auf 50 M. festgesetzt wurden.

Unter „Verschiedenem" wurde zum Abonnement auf den „Textilarbeiter" aufgefordert. Weiter entspann sich hier noch eine sehr lange und ausgedehnte Debatte, bis die Versammlung ziemlich spät ohne jeden Zwischenfall ihr Ende erreichte. Wie man sich beim Verlassen des Saales überzeugen konnte, waren jedoch die bekannten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die ganze Gensdarmerie war theils im Vorraum, theils vor der Thür versammelt, gewärtig des Augenblicks, wo sie gegen die „umstürzlerischen" Elemente einschreiten könnte. —

Der Allgemeine Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend hielt am 4. d. M. in Friedrichsberg im Lokale des Herrn Spitzig eine Versammlung ab, in welcher Frl. Wabnitz vor fast überfülltem Saale einen Vortrag hielt über: „Naturgesetze und Menschenrechte". Sie fand lebhaften Beifall. Der Verein nahm 20 Mitglieder auf. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf das Gedeihen desselben in später Stunde geschlossen.

Oeffentliche Volks-Versammlung in Moabit.

Am vergangenen Donnerstag mischte sich gelegentlich einer Versammlung sämmtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungs-Industrie der überwachende Polizeilieutenant in eine Geschäftsordnungs-Debatte, und am Sonntag hielt es sogar äußerst schwer, die Genehmigung zu der auf 1 Uhr Nachmittags im Saale der Volksbrauerei angesagten Volks-Versammlung zu erhalten. Von Seiten der Polizei wurden allerlei Einwände erhoben und schließlich sogar vorgebracht, die Thüren könnten nicht mit einem Ruck aufgestoßen werden. Nun wird aber schon eine längere Zeit hindurch in diesem Saale Theater gespielt, und das ist von der Polizei noch nie beanstandet worden. Die Einberuferin, Frau Löpki, erklärte nun, daß eine Volks-Versammlung dieselbe Berechtigung habe wie eine Theatergesellschaft, und so wurde die Genehmigung denn auch endlich ertheilt, und zwar am Sonntag Vormittag um 11 Uhr.

Aus diesem Grunde war die Versammlung auch wohl etwas schwächer besucht wie gewöhnlich, aber immerhin war doch eine stattliche Anzahl von Genossinnen und Genossen erschienen. Herr Reichling hielt einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Ist die moderne bürgerliche Gesellschaft noch existenzberechtigt? Von einer Diskussion wurde abgesehen und folgende Resolution angenommen:

Die heute in der Volksbrauerei zu Moabit tagende Volksversammlung erklärt, daß die Ausführungen des Referenten über die Existenzberechtigung der modernen bürgerlichen Gesellschaft vollständig zutreffen. Der Redner hat den Versammelten gesagt, was diese schon lange gefühlt haben, nämlich, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft jede Existenzberechtigung verloren hat und durch eine andere, die sozialistische ersetzt werden muß. In Befolgung dieser Erkenntniß geloben die Versammelten, für die Sozialdemokratie, die einzige Partei, welche die Ideen des Sozialismus verwirklichen will, nach Kräften einzutreten.

Unter „Verschiedenem" wurde der Antrag angenommen, alle 14 Tage eine ähnliche Versammlung wie die heutige einzuberufen. Nach Besprechung einiger kleineren Angelegenheiten wurde dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

Die Genossinnen und Genossen, welche sich immer zahlreicher eingefunden hatten, verfügten sich nach Schluß der Versammlung in den oberen kleinen Saal, woselbst sie bei Tanz und fröhlicher Unterhaltung wohl bis Mitternacht zusammenblieben.

Achtung! Fachverein der Steindrucker und Lithographen. Donnerstag, den 19. März, Abends 8½ Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur event. Auflösung des Vereins zu Gunsten der Zentralisation? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Die Mitglieder werden ersucht, die restirenden Beiträge zu bezahlen. Die Kollegen, welche Billets vom letzten Winterfest des Fachvereins haben, werden ersucht dieselben abzurechnen, resp. zu bezahlen. Mitgliedsbuch legitimirt.

Berliner Kanarienzüchter-Verein. Sitzung Donnerstag, den 19. März, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Kommandantenstraße 15. Gäste sind willkommen.

Uhrmachergehilfen! Donnerstag, den 19. März, Abends präzise 8½ Uhr, Große öffentliche Versammlung in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79.

Berliner Naturheilverein II. Heute, 9½ Uhr: Vortrag des Herrn Heindorf, über: Massage als Heilmittel; im Restaurant Muscbold, Landsbergerstr. 31. Gäste, Damen wie Herren, willkommen.

Achtung! Genossen, welche gewillt sind, einem neu gegründeten Arbeiter-Gesangverein „Freiheitsgruß" beizutreten, mögen sich am Donnerstag, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Bäbold, Schönhauser Allee 46, einfinden.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichsfelde und Umgegend. Versammlung am 19. März, bei Momber, Wilhelmstr. 10. Gäste haben Zutritt.

Lese- und Diskutirklubs. Donnerstag. „Freiheit", Abends 9 Uhr, Naunynstr. 46 bei Zubeil. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. — Verein „Volksbildung" (Männer und Frauen) Abends 9 Uhr, im Restaurant Nürnberg, Schönhauser Allee 28. — Lese- und Diskutirklub „Wach Auf" Nachm. 3 Uhr, in der Gr. Frankfurterstr. 99, „Frankfurter Bierhallen". „Wahrheit, Markusstr. 31. — „Aufklärung", Abends 8½ Uhr, in Heindorfs Restaurant, Langestr. 70. Gäste willkommen. — „Heine" in Rixdorf, Ecke Knesebeck- und Hermannstraße, Restaurant Beyler. Gäste willkommen. — „Neue Zeit", 8½ Uhr, Boyenstr. 40. Gäste haben Zutritt. — „Süd-Ost", 8½ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 68. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — „Johannes Wedde" Urbanstr. 61, b. Schütz.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. **Donnerstag** Abends 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — „Seeger'scher Gesangverein", Blumenstraße 46 bei Wenck. Uebungsstunde von 9 bis 11 Uhr. — Gesangverein „Einigkeit" (Hutmacher), Linienstraße 73 bei Roth. — Gesangverein „Edelweiß", Melchiorstraße 15 bei Stehmann. — Gesangverein „Echo I", Alte Schönhauserstraße Nr. 42 bei Reimann. — Gesangverein „Frühlingsluft", Flottwellstraße 5 bei Bartels. — Männerchor „St. Urban", Annenstraße 9 bei Proh. — Männergesangverein „Borax", Admiralstr. 28 bei Billow. — Gesangverein „Kornblume", Blumenstr. 54 bei Wuttke. — Gesangverein „Hand in Hand", Stallschreiberstr. 149 bei Greiser. — Gesangverein „Unverzagt" bei Küster, Köpenickerstraße 127a. — Gesangverein „Dorfglöcklein" Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstr. 40 bei Pietsch. — Gesangverein des „Tischlerverbandes" in Steglitz, Restaurant Hildebrand. — Arbeiter-Gesangverein „Harmonie", Tempelhof, Dorfstr. 10 bei Gerth. — Gesangverein „Weiße Rose", Reinickendorf, Residenz- und Holländerstraßen-Ecke bei Caro. — Arbeiter-Gesangverein „Morgenroth", Rummelsburg, Göthestraße 9 bei Konrath. — Gesangverein „Freundschaft" Abends 9 Uhr, bei Oswald Berliner, Brunnenstr. 114. — Gesangverein „Brezelschluß" in Sahm's Klubhaus, Annenstraße Nr. 16. — Musik- und Gesangverein „Firmitas", Adalbertstr. 8 bei Schneider. — Gesangverein „Kreuzberger Harmonie", Lindenstr. 106, bei Poppe. — Gesangverein „Amicitia", Adlershof Bismarckstraße bei Albrecht.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Skatklub „Rückwärts", Abends 8½ Uhr, im Restaurant Boderke, Pallisadenstraße 47.

Lübeck'scher Turnverein, Männer-Abtheilung, Abends 8—10 Uhr, Elisabethstr. 57—58, Königstädt. Gymnasium. — Turnverein „Osten", Lehrlings-Abtheilung, Abends 8½—10 Uhr, Blumenstr. 69a. — Berliner Turngenossenschaft, 1. Lehrlings-Abtheilung, Abends 8½—10½ Uhr, im Lessing-Theater, Bankstr. 8—10.

Männer-Gesangverein „Crescendo", Abends 9 Uhr, bei Körting, Gneisenaustraße 58. — Geselliger Verein „Regina", Sitzung mit Damen, Abends 8½ Uhr, in den Luisenstädt. Bierhallen, Alte Jakobstr. 69. — Geselliger Club „Blauveilchen", Abends 9 Uhr bei Förtsch, Stallschreiberstr. 60. — Pfropfenverein „Wedding", Abends 8½ Uhr bei A. Engel, Müller- und Antonstraßen-Ecke. — Vergnügungsverein „Caprice", Abends 9 Uhr, Sitzung mit Damen im „Marienbad", Badstr. 35—36, Saal 1 Tr. — Vergnügungsverein „Veilchen", 8½ Uhr, Sitzung mit Damen bei Bülow, Admiralstraße 38, Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 89. Gemeindeschule, Abends 9 Uhr, im Gesellschaftshause „Ostend", Rüdersdorferstr. 45. — Privattheater-Gesellschaft „Hoffnung", Abends 8½ Uhr, im Klubhaus, Ohmgasse 2. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule. Sitzung, Abends 8½ Uhr, bei Saeger, Grüner Weg 19. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 27. Gemeindeschule bei Schröder, Steglitzerstr. 18, Gäste willkommen. — Tambourverein „Jungfernkranz", Weidenweg 12.

Rauchklub „Dezimal-Waage", Abends 9 Uhr bei Jnfinger, Krautstraße 48. — Rauchklub „Kernspitze", Abends 8½ Uhr bei A. Bohl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Collegia", Abends 9 Uhr, in Spengler's Wirthshaus, Stallitzerstr. 41. — Rauchklub „Vorwärts", Abends 9 Uhr, bei Tempel, Breslauerstr. 27.

Depeschen.

London, 18. März. (Telegramm des „Herold".) Depeschen aus Gibraltar melden Einzelheiten über den Zusammenstoß des Dampfers „Utopia" mit dem britischen Panzerschiff „Anson". Der Zusammenstoß fand am Abend um 7 Uhr statt. Der Rammer des „Anson" bohrte sich in die „Utopia" so ein, daß im Hintertheile der Letzteren ein Loch von 30 Fuß entstand. Zehn Minuten später versank die „Utopia", auf welcher sich 880 Passagiere befanden. Gewaltige Sturmwellen, aus dem Südwesten kommend, schlugen über das Verdeck, alles mit sich fortreißend. Elektrisch beleuchtete Boote des englischen Panzerschiffes eilten sofort zur Hilfe herbei. Man befürchtet indeß, daß zwei Drittel der Gesammtzahl der Passagiere ertrunken sind. Viele Männer-, Weiber- und Kinderleichen wurden an's Land getrieben. Eine Pinasse vom Panzerschiffe „Immortalité", die ebenfalls Hilfe bringen wollte, schlug um, so daß verschiedene Matrosen ertranken. Der Kapitän und der Schiffsarzt der „Utopia" sind gerettet.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

St. Die Stellen, an welchen gelesene Arbeiterblätter zum Zweck weiterer Verwendung entgegengenommen werden, werden von uns von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Es kommt darauf an, in welcher Gegend Sie wohnen.

J. Schw., Koloniestr. Ihre Anfrage ist undeutlich. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

„Lagemann in Nebelschutz." Sie können die Blätter unter Kreuzband versenden. Von Ihrer anderen Frage ist uns nichts bekannt.

Alvenslebenstr. Es giebt in Deutschland viele Theater- und Hotel-Zeitungen. Welche meinen Sie? — In Bezug auf die dritte Frage wollen Sie sich persönlich an Herrn S. wenden.

Zwei Wettende, Gesundbrunnen. Berlin hat die meisten Einwohner.

E. B., Kolportage-Buchhandlung. Im Jahre 1866.

J. Schn. Besten Dank für Ihre Mittheilungen, die in der heutigen Nummer Verwendung fanden. Wir bedauern sehr, Ihre Frage nicht beantworten zu können, da uns keine Landsleute von Ihnen bekannt sind.

R. W. 45. Ludwig Hecht, der aus Berlin ausgewiesen war, wohnt Tempelhof, Berlinerstr. 41 bei A. Müller.

R. E. 62. 1. Das Aufgebot muß unter dem Namen der Adoptiveltern, aber unter Zufügung des ursprünglichen Namens erfolgen. 2. Wenn Braut und Bräutigam in verschiedenen Gemeinden wohnen, so muß das Aufgebot in beiden Gemeinden bekannt gemacht werden. Die Eheschließung kann dann von dem Standesbeamten erst vorgenommen werden, sobald ihm der Nachweis der in der anderen Gemeinde erfolgten Bekanntmachung geführt ist. Sie können sich daher nicht beschweren.

K. H., Freienwalde. Vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall an können Sie von der Ortskasse erhöhtes Krankengeld verlangen. Die Differenz muß der Arbeitgeber der Kasse ersetzen.

J. P. Wenn Ihre Frau bloß gelegentlich einige Stunden für einen Schneider arbeitet, so ist sie darum nicht altersversicherungspflichtig.

O. K., Wusterhausen. Das Verlangen des Gendarmen war ungerechtfertigt. Ein von einer geschlossenen Gesellschaft veranstaltetes Kränzchen für Mitglieder und deren Gäste bedarf weder der Anmeldung noch der Genehmigung, auch dann nicht, wenn ein Eintrittsgeld erhoben wird.

R. W., Weidenweg. Das ist allerdings ein unerhörter Fall. Aber Sie können weder der Polizei noch dem Administrator einen begründeten Vorwurf machen. Dagegen können Sie natürlich Bestrafung des Eigenthümers verlangen, sowie von diesem Ersatz alles Ihnen zugefügten Schadens. Zur Veröffentlichung im Lokaltheile eignet sich der Vorfall nicht, da derselbe nur die unseren Lesern genügend bekannte Thatsache beweist, daß es höchst rohe Menschen giebt.

K., Soran. 1. Wenn Ihr Kind nicht bis zum 1. April des betreffenden Kalenderjahres das 14. Lebensjahr vollendet, so müssen Sie dasselbe noch bis zum Oktober zur Schule schicken. Mit dem Konfirmanden-Unterricht steht die Frage des Schulzwanges in keinem Zusammenhang. 2. Der Antrag ist schriftlich an das Amtsgericht zu richten, ohne daß es eines Stempels bedarf.

J. L., Pforzheim. Außer dem Reichs-Kursbuch ist uns kein solches Buch bekannt.

W. i. F. Nur wenn Sie nachweisen, daß sich Ihre Verhältnisse geändert haben, so können Sie verlangen, daß der Wirth die Weitervermiethung der Wohnung durch Sie gestattet. Die mündliche Zusage des Wirthes hat gegenüber dem schriftlichen Kontrakt keine Giltigkeit.

Evorabräu (Fürth-Nürnberg) 30 Fl. für 3 M., in Gebind. von 17 Ltr. an, à Ltr. 30 Pf., empf. **Gust. Horing**, Berliner Lagerhof.

Die Fabrikate der türkischen Tabak- und Cigaretten-Fabrik **„Sulima"** welche in allen renommirten Zigarren-Handlungen käuflich, empfiehlt dem hochgeehrten Publikum und den sich zum Quartalwechsel neu etabl. Zigarrenhändlern die Generalvertretung und Niederlage von **Carl Bayer**, Berlin SW., Friedrichstraße 236, I. Etage.
Verkauf nur an Händler. [1044 b] Fernsprecher-Amt VIII. Nr. 1704.

Apfelsinen Stück 3 Pf. dünnschalige süße Frucht, empfiehlt die Südfrucht-Handlung v. **B. Vehlow**, Lindenstr. 54.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren, reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer**, S.-O., Köpnickerstr. 25, nahe d. Köpnicker Brücke.

Weg. Geschäftsübern. verm. m. frdl. Hofw. bill. **Becke**, Waldstr. 44, Moabit.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins Andreasstr. 23, H.p.

Freie Aussicht. Wohnungen v. 2—3 St. mit o. ohne Bad, Balkon, Erker, zum 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Eckhaus.

Bei einem Genossen g. Schl. Am Ostbahnhof 13 v. IV l. [1051b

Zither-Unterricht Kölln. Fischm. 1, III

Gesangverein i. W. sucht f. Sonnabds. tücht. Dirig. Mld. Lützowst. 82, Portier.

Lehrling zur Messerschmiederei verl. 1006b] **E. Schulz**, Roßstr. 24.

Ein in der Kolonialwaarenbranche ausgebildeter **Kaufmann** wird zur selbständigen Führung eines Konsum-Genossenschafts-Geschäftes gesucht.
Parteigenossen der sozialdemokratischen Partei erhalten den Vorzug.
Reflektanten wollen sich unter **A. B. No. 1221** an die Expedition d. Ztg. bis zum 1. April melden. 570b

Plätterinnen auf Manschetten u. Oberhemden verl. **A. R. Freyer**, Georgenkirchstr. 24.

Selter-Kutscher mit eig. Kundschaft wird verl. **Dresdenerstr 19.**

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,
SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO.
173 L

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.